

GF Geschichte 5G

Rosshan Ravinthrarasa

29. Mai 2025

Gd 23 / Thomas Zacek

Inhaltsverzeichnis

1	Der Erste Weltkrieg (<i>18.09.2024</i>)	2
2	Staatskunde I (<i>20.11.2024</i>)	10
3	Staatskunde II (<i>18.12.2024</i>)	25
4	Langes 19. Jhd. / Russische Revolution I (<i>12.02.2025</i>)	38
5	Russische Revolution II Stalin, USA (<i>02.04.2025</i>)	46
6	Faschismus, Weimarer Republik (<i>11.06.2025</i>)	56

1 Der Erste Weltkrieg (18.09.2024)

Prüfungstoff: 526-528, 11-18, 24-32, 41-45

+ Notizen und Material in „Erster_Weltkrieg ohne GI20.2Krieg_an_Westfrontund_Ostfront.pdf“

Die Bildung eines dualen Bündnissystems - Die Neuausrichtung der deutschen Aussenpolitik:

- 1888: Wilhelm II. übernimmt die Macht
- 1890: Entlassung Bismarcks, Änderung der Aussenpolitik
- Ziel: Deutschland soll Weltmacht werden, aggressive imperialistische Politik
- Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrags mit Russland
- Frankreich und Russland schliessen 1892 eine geheime Defensivallianz
- Neutralitätserklärung zwischen Italien und Frankreich (koloniale Ansprüche in Nordafrika)
- Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien) geschwächt, Italien bleibt neutral im Falle eines Krieges
- Deutsche Flottenausrüstung, Ziel: Konkurrenz zu Grossbritannien
- Scheitern von Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen, Rüstungswettlauf mit Grossbritannien
- „Politik der freien Hand“: flexible Bündnismöglichkeiten angestrebt, aber Fehleinschätzungen der deutschen Führung

Die Bildung eines dualen Bündnissystems - Entente Cordiale und Triple Entente:

- Annäherung zwischen Frankreich und Grossbritannien trotz Kolonialkonflikten (Faschoda-Krise 1898)
- 1904: Abschluss der Entente cordiale zwischen Frankreich und Grossbritannien (gegenseitige Anerkennung der Kolonialansprüche: Frankreich in Marokko, Grossbritannien in Ägypten)
- Annäherung zwischen Grossbritannien und Russland nach dem Russisch-Japanischen Krieg (1904/05)
- 1907: Englisch-Russische Konvention über Einflussphären in Zentralasien
- Entstehung der Triple Entente (Frankreich, Grossbritannien, Russland)
- Deutschland versucht, die Entente zu destabilisieren (Marokkokrisen 1905/06 und 1911)
- Grossbritannien unterstützt Frankreich, Entente bleibt bestehen
- Bosnische Annexionskrise (1908/09): Österreich-Ungarn besetzt Bosnien, Russland greift nicht ein

Die Bildung eines dualen Bündnissystems - Ein grosser Krieg ist nicht zwingend:

- Bildung zweier Machtblöcke in Europa: Triple Entente vs. Dreibund
- Gefahr eines gesamteuropäischen Krieges steigt durch Bündnisse
- Erstaunlich, dass erst 1914 der grosse Krieg ausbricht
- Diplomatische Instrumente zur Konfliktlösung existierten und wurden erprobt
- Nationalismus und Imperialismus schwächen das Gleichgewicht und die Friedenssicherung
- 1914: Verkettung von politischen Entscheidungen führt zum Ersten Weltkrieg

Aufgabe: Was ändert sich mit Kaiser Wilhelm II.?**Fehleinschätzungen:**

Deutschland hatte die Vorstellung, dass eine Politik ohne Bündnisse am lukrativsten sein würde, da sie so entweder mit Grossbritannien aufgrund der neuen deutschen Seemacht oder mit Russland zulasten der britischen Kolonialmacht ein Bündnis eingehen können. Dies war aber eine Fehleinschätzung, da die deutschen die Bereitschaft anderer Länder, Kompromisse einzugehen, unterschätzten.

Kompromisse:

Grossbritannien und Frankreich beanspruchten beide ein Gebiet im heutigen Sudan für sich, wollten allerdings keinen Krieg riskieren, also gab Frankreich nach und erhielt dafür andere Gebiete. Zudem sicherten sich die beiden Staaten freie Durchfahrt durch die Meerenge von Gibraltar und durch den Suezkanal zu. Auch zwischen Grossbritannien und Russland gab es Kompromisse: Sie einigten sich über ihre Einflussphären in Zentralasien und machten so den Weg frei für den Beitritt Russlands zur Entente mit Frankreich und Grossbritannien (Triple Entente).

Folgen:

Deutschland versuchte die Entente zu destabilisieren, die drei Staaten rückten allerdings näher zusammen und bildeten einen Block rund um Deutschland und seine Verbündeten Italien und Österreich-Ungarn. Die Deutsche Politik erreichte weniger als erwartet. Schliesslich kam es 1914 zum Weltkrieg, allerdings war dieser keine zwingende Folge dieser Situation

Einführung:

- 1914 - 1918 ⇒ Epochengrenze / Beginn 20. Jh.
- 17 Mio. Menschen tot
- kein langfristiger Frieden
- ganze Welt geprägt und Weltordnung umgewälzt (Monarchien / Grossreiche)

Der „grosse Krieg“ - Neue Dimensionen:

- erster Krieg, der alle Weltgegenden direkt / indirekt erfasste (mit U-Booten / Schlachtschiffen etc.)
- Flugzeuge / Luftraum = dritte Dimension
- industrielle Waffenproduktion machte Kriege brutaler
- Schlachtfelder / Grabenkriege in Frankreich u. Belgien
- aber auch Tirol, Polen, Russland, Naher Osten, afrikanische Kolonien im Atlantik und Pazifik
- ehem. Name: Grade Guerre

Langfristige Ursachen - Imperialismus, Militarismus und Nationalismus:

- Ursachen für den Krieg:
 - Rivalität zwischen Grossmächten während Imperialismus
 - Militarismus: alle bewaffneten sich, immer besser (Kanonen, Kriegsschiffe etc.)
 - Nationalismus: Gedankengut, das die eigene Nation über andere stellt, trug auch dazu bei, dass die Grossmächte die Probleme in einem Krieg lösen

Langfristige Ursachen - Technik und Fortschrittsglaube:

- für meisten Westeuropäer der erste Krieg - Diplomaten klärten mit Kompromissen
- kurzzeitig Frieden und Neuheiten
 - 1903 erster Motorflugzeug
 - 1911 Südpol erreicht
 - erste Fahrt der Titanic
- aber u.a. Flugzeuge für Kriege missbraucht

Langfristige Ursachen - Bündnissystem und Spannungen in Südeuropa:

- weitere Ursache: Verträge, die gegenseitige Unterstützung bei Kriegsfällen verspricht => Verträge / komplexe Bündnissysteme
- 1914 lokaler Konflikt => 2 Monate => globaler Krieg
- Frankreich, Vereinigte Königreich, Russland => Triple Entente
- Russland - Serbien und Montenegro sind mit denen noch verbündet
- Deutsche Kaiserreich, Österreich-Ungarn, Italien => Dreibund
- Neue Staaten mit Bedürfnis nach Unabhängigkeit (vom Osmanischen Reich / Österreich-Ungarn) entstanden: Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Montenegro, Serbien => Nationalstaaten

Zwischen Frieden und Krieg - Das Attentat von Sarajevo:

- 28.06.1913: habsburgische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, Sohn von Kaiser Franz Joseph, und seine Frau Sophie wurden von einem bosnisch-serbischen Nationalisten (Gavrilo Princip) erschossen, als sie ein Bosnien ein Militärmanöver besuchten
- Gavrilo ist Mitglied einer nationalistischen Organisation „Junges Bosnien“

Zwischen Frieden und Krieg - Die Julikrise:

- Julikrise = schwerwiegende politische Folgen des Attentates
- Julikrise mündet in den ersten Weltkrieg
- Österreich-Ungarn macht Serbien verantwortlich, Serbien bestritt
- regional begrenzter Militärschlag gegen Serben = beste Reaktion
- Blankoscheck (= der Absender macht auf jeden Fall, dass was der Empfänger erhält): Telegramm aus Berlin, das Wien Rückendeckung aus Deutschland zusichert
- 23.07.1914 Österreich-Ungarns Ultimatum an Serbien: Serbien solle seine antiösterreichische Propaganda unterbinden und im Innern gegen die Feinde Österreich-Ungarns vorgehen
- Serbien versucht Krieg zu entschärfen, aber schafft es nicht
- 28.07.1914 erklärt Österreich-Ungarn Serbien (trotz russischer Warnung) Krieg
- rasche Mobilmachungen:
 - 31.07: Russland macht Generalmobilmachung
 - 01.08: Reaktion: Deutsch Kaiserreich erklärt Russland den Krieg
 - 03.08: Reaktion: Deutsch Kaiserreich erklärt Frankreich den Krieg
 - 04.08: Vereinigte Königreich trat an der Seite Serbien, Frankreich, Russland den Krieg
- weil fast alle dieser Mächte Kolonien besaßen, griff der Krieg bald über die Grenzen Europas hinaus

Aufgabe: Der Weg in den Krieg: Imperialismus und Bündnissysteme

Aussenpolitik Bismarcks	versucht Konflikte nach aussen zu verlagern (eigentlich nicht in den Grossmächten) Aus Vorsicht: Gründung von Bündnissen
Aussenpolitik Kaiser Wilhelms II.	möchte sich mitmischen möchte Weltmachtpolitik / Weltreich / Weltmacht (Grössenwahn) macht Bündnis mit Österreich-Ungarn, aber verbietet anderen dies (andere machen das trotzdem) Bismarcks Ideen seien überholt
Grossbritanniens aussenpolitische Stellung	Bündnis gegen Deutsches Kaiserreich Rüstungswettlauf Deutsches Kaiserreich und Vereinigtes Königreich (Vereinigtes Königreich hat beste Kriegsflotte, rüstet sich jedoch auch gegen)
Umgang der europäischen Mächte mit den Völkern in den Kolonien	Darwinismus / Rassentheorie / Rassenstolz Weiss > Schwarz wirtschaftliche Ausbeutung der Einheimischen lokale Gegenbewegungen werden gewalttätig niedergemacht
Gründe, warum der Balkan als „Pulverfass“ Europas bezeichnet wurde	es rumort, sie haben das Bedürfnis ein unabhängiger Staat zu sein, aber Russland und Österreich-Ungarn möchten Balkan „wer kriegt was“-Kampf Attentat in Sarajevo (Balkan) starten den Ersten Weltkrieg

Zwischen Frieden und Krieg - Teilweise Kriegsbegeisterung:

- in den ersten Wochen: eigene Territorium schützen, Krieg möglichst im Feindesland führen
- Krieg war für die neuen Soldaten ein Abenteuer
- Bauern- & Arbeiterfamilien sorgten sich wegen kriegsbedingten Erwerbsausfälle und dementsprechend um ihre Existenz
- Welle von Patriotismus => Sieg = neue Macht und Reichtum (hiess es)
- Burgfrieden = alle Parteien stellten sich hinter die Regierung

Zwischen Frieden und Krieg - Kriegsziele:

- Entente kämpfte gegen die Mittelmächte (= Dreibund)
- Mittelmächte waren von Entente und Neutralen umgeben
- Italien zuerst neutral, aber dann mit Entente
- Deutsches Kaiserreich muss gegen die französische und russische Truppe gewinnen und würde somit die Einkreisung für immer beenden

- Österreich-Ungarn konnte sich an Serbien rächen für den Attentat
- Russische Zar möchte mehr Balkan
- Absichten konkretisierten sich erste im Verlaufe des Krieges

Zwischen Frieden und Krieg - Der Angriff auf Frankreich:

- Deutschland siegte Frankreich 1871, aber Frankreich bleibt der Erzfeind, deshalb Angriff von denen möglich
- Deutsche Kaiserreich rüstet sich dagegen mit dem Schlicffen-Plan
- How to Überleben Zweifrontenkrieg gegen FR und RU => Schlicffen-Plan von den Deutschen
- Deutschen besetzten demnach Belgien woraufhin Grossbritannien den Deutschen den Krieg erklärte
- Der Plan der Deutschen scheiterte Anfang September in der Schlacht an der Marne
- Westfront in Frankreich und Belgien begann nun ein Stellungskrieg (bis 1918)
- Die Deutschen erreichten Paris nie
- für wenige hunderte Meter Geländegewinn gab es riesige menschliche Verluste

An alle Fronten - Einsatz aller Mittel:

- kein Bewegungskrieg => Stellungskrieg
- viele Tote, viele Waffen => das, was zählte
- Deutschlands Einsatz von Chlorgas
- England / Deutschland => ersten Panzer
- brachte alles nicht viel

An alle Fronten - Schlachten ohne Sieger:

- geprägt von Stellungskrieg (nach schon wenigen Monaten)
- weil sehr aussichtslos und nicht sehr fortschreitend => Generäle machen radikalere u. menschenverachtendere Entscheidungen
- wer zuerst keine Soldaten / Rüstung hat verliert
- Schlacht an der Somme => Massengrad für britische Einheiten
- Krieg im Süden / Italien => gleich aussichtslos und blutig (Minenkrieg)
- Nicht so viele Soldaten / keine Wehrpflicht / Werbung

An alle Fronten - Wirtschaftskrieg und Heimatfront:

- Krieg dauerte länger als geplant
- viele Tote und wenige Ressourcen
- Materialzufuhr / British blockiert Deutschland
- Blockaden führen zu allgemeinen Einschränkungen des weltweiten Handels (sogar in Krieg), z.B.: Erdöl
- in Frankreich => totaler Krieg => Einbezug der ganzen Gesellschaft und all ihrer Ressourcen

An alle Fronten - Kriegswirtschaft:

- Krieg wurde Alltag
- Militärbehörde übernimmt Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft (teilweise)
- erfolgreiche Kriegswirtschaft (aus Sicht der Militärbehörden): wie viele Ressourcen von der zivilen Bevölkerung wegnehmen
- Deutsches Kaiserreich fehlte es an Metallen und Rohstoffen für die Munitionsfabriken
- Kirchenglocke = Bronze | Bierkrüge = Zinn | Krise schieben
- chemische Industrie auch wichtig: fehlende Produkte synthetisch herstellen
- Burgfrieden / Heimatfront / Kriegsgewinnler
- Hungerrevolten führten zum Sturz des Zarenregimes (Russland)
- Deutschland verhungerte

Aufgabe: Unterschiedliche Urteile der Kriegsschuldzuweisung

Herkunft, Gewichtung / Quellen (versch. Fehlinformationen, Zugänglichkeit, Zerstörung / Manipulation)

Notiz: Die Rolle des Staates verändert sich

- Umstellung auf Kriegswirtschaft
- Wandel vom Nachwächter- zum Interventionsstaat
- Propaganda (Bevölkerung auf Kriegskurs halten)
- Rationierung = Verteilung der knappen Lebensmittel und Gütern (aufgrund von Blocken im Handel)
- Massenmobilmachung von Zivilisten (da sie mehr Arbeitskräfte brauchten)
- Zensur (keine ungewollten Informationen sollen an die Bevölkerung oder andere Staaten), Kriegsverherrlichung
- Zentralisierung der gesamten Organisation
- Ungewohnte Finanzierung des Krieges, Kredite / Staatsschulden / Staatsanleihen / Obligationen / Bonds
- Geheimdienste und Spionagenetzwerke

Notiz: Kriegspropaganda**Form:**

- Bilder
- Karikatur
- Massenmedien / Presse
- Parolen / Lügen
- Plakate / Flyer
- Frauen verteilen weisse Feder
- Kinder klagen ihre Väter an (?)
- Filme (für Kriegsanleihen)
- Skulpturen (Schweinskopf)
- Berühmte Persönlichkeiten (z.B.: Charles Chaplin)
- Kinderspielzeuge / Brettspiele
- Schulalltag / Diktate
- Kinderlieder (Flieg, Kugel, Flieg)

Inhalt / Mittel:

- Feindbilder
- Ängste
- Schuld
- Rachegefühl
- Kriegsverherrlichung
- Moralischer Druckaufbau bei Männer
- moralische Erpressung

An alle Fronten - Kriegspropaganda:

- Kriegführenden Mächte setzten alle auf Propaganda
- Niederlagen beschönigt, kleinste Geländegewinn = grosser Sieg, Heldengeschichten
- Feind lächerlich machen / dämonisieren
- Zensur = schlechte Nachrichten, z.B. Meldungen von verlorenen Schlachten, Gebietsverluste und Opferzahlen
- Werke von Schriftsteller und Künstler den Siegen im Krieg widmen (verpflichtet)
- Kauf von Kriegsanleihen von der Zivilbevölkerung

An alle Fronten - Gewalt gegen die Zivilbevölkerung:

- Hungersnot, Seuchen / Krankheiten und weitere Opfer in der Bevölkerung
- Deutsche greifen Menschen und Ortschaften in Belgien an ⇒ barbarische Hunnen, ebenfalls in USA und Staaten der Entente
- Völkermorde von Russen an Armenien (1915 - 1917)
- Deportation / Versklavung etc. in Armenien
- Hilfe im Deutschen Reich gesucht
- Völkermord, ja / nein

Entscheidungsjahr 1917 - Der Kriegseintritt der USA:

- USA nicht in den Krieg, weil Krieg von der „Alten Welt“ + Monroe-Doktrin

- USA Status quo: grösste Wirtschaftsmacht, hohe Bevölkerungszahl = viele Soldaten
- Deutsche U-Boote versenken mehrere amerikanische Transportschiffe = antideutsche Stimmung in Amerika
- Angriffe auf amerikanische Schiffe vermehrten sich
- Entente bei der USA verschuldet wegen Kriegsmaterial kauft gegen Kredit
- 06.04.1917 Kriegseintritt der USA
- Mittelmächte < Entente

Entscheidungsjahr 1917 - Der Kriegsausritt Russlands:

- Krieg wurde schwieriger: Aufstände und Revolten aus der Bevölkerung
- März, Russland: Massenunruhen, Kriegsmüdigkeit
- Kommunistische Revolutionäre übernahmen die Macht in Russland in der Oktoberrevolution (November 1917, versch. Kalender!)
- unvorteilhafter Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich
- Deutsche Soldaten: Ostfront ⇒ Westfront

Entscheidungsjahr 1917 - Das Osmanische Reich unter Druck:

- Osmanische Reich profitiert nicht aus dem Kriegsausritt Russlands
- Britten vs. Osmanisches Reich
- Britten und Franzosen: Aufteilung des Nahen Ostens, z.B. Sykes-Picot-Abkommen (Mai 1916)
- Veränderung im Nahen Osten
- Aufteilungen in Palästina
- Balfour-Deklaration hat weitreichende Konsequenzen im Nahen Osten: Grundstein für heutigen Israel etc.

Notiz: Die zehn Regeln der Kriegspropaganda

1. Wir wollen den Krieg nicht
2. Das gegnerische Lager trägt die alleinige Verantwortung
3. Der Führer des Gegners hat dämonische Züge („der Teufel vom Dienst“)
4. Wir kämpfen für eine gute Sache
5. Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen
6. Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, bei uns handelt es sich um Versehen
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm
8. Angesehene Persönlichkeiten, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache
9. Unsere Mission ist heilig
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, steht auf der Seite des Gegners (Verrat)

2 Staatskunde I (20.11.2024)

Prüfungstoff: Kapitel 1 - 3
+ Notizen und Material in „Staatskunde“

Politik:

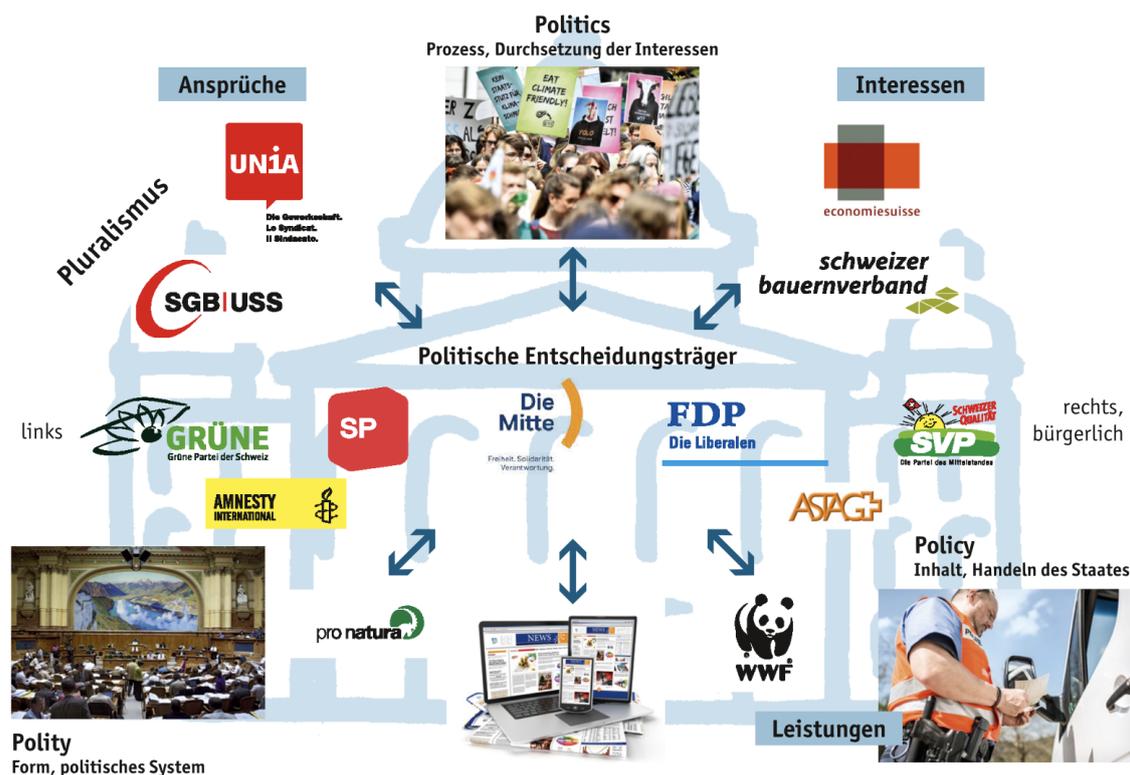


Abbildung 2.1: Übersicht: Politische Entscheidungsträger

Politik - Macht der Interessen:

1. a) In der Politik geht es um Interessen.
b) In der Politik geht es um Macht.
2. a) Politics = Prozess: Politics bezeichnet die Durchsetzung der Interessen und damit den politischen Kampf.
b) Polity = Form: Polity bezeichnet das politisch-institutionelle System, die Grundlagen und Strukturen des Staates (Verfassung, Rechtsordnung usw.).
c) Policy = Inhalt: Policy bezeichnet das aktive Handeln des Staates, die eigentlichen Inhalte der Politik.

Politik - Ansprüche und Leistungen:

Wichtige Begriffe

Kompromiss: Lösung eines Problems auf der Grundlage von gegenseitigen Zugeständnissen.
Pluralismus, pluralistisch: Vielgestaltig, vielfältig z.B. Schweiz: verschiedene geographische Gegebenheiten, Kantone, Sprachregionen, viele Parteien, verschiedene Bevölkerungsschichten usw.
sozial: Die Gemeinschaft, die Gesellschaft betreffend, auch an die anderen (die Schwächeren in unserer Gesellschaft) denken, gemeinnützig, wohlütig sein.
Parole: Wahlspruch, wird von den Parteien bei Abstimmungen und Wahlen herausgegeben zur Meinungsbildung der Bevölkerung.

Der Staat wird zunehmend ein **Leistungsstaat** mit Aufgaben, wie z.B. für Vollbeschäftigung sorgen, Wirtschaftskrisen verhindern, gefährdete Wirtschaftszweige fördern, sich um die Pflege der Kranken und Alten kümmern, Jugendliche betreuen und beraten, Bildung und Ausbildung fördern, Spitäler und Verkehrswege bauen, die Natur schützen und bei Katastrophen helfen usw.
 Ebenfalls wird der Staat mit **neuen Herausforderungen** konfrontiert, wie z.B. von innen (Bedürfnisse, Forderungen von einzelnen Bevölkerungsgruppen) oder von aussen (Globalisierung, Umweltgefahren, Seuchen, Migration, Krieg).

Politik - Politische Entscheidungsträger:

Wichtige Begriffe

Parlament: Gesetzgebende Gewalt in einer Demokratie, z.B. Schweiz: National- und Ständerat auf Bundesebene.
Verband: Zusammenschluss von Personen, um eng begrenzte Interessengebiete z.B. in der Wirtschaft oder im öffentlichen Leben zu vertreten, z.B. Arbeitgeberverband (Gewerbeverband), Arbeitnehmerverband (Gewerkschaftsbund), Mieterverband.
Gewerkschaft: Besondere Verbände von Arbeitnehmenden.
Ideologie: Weltanschauung einer sozialen Gruppe, welche dieselben Werte vertritt (z.B. Nationalsozialismus in Deutschland unter Hitler).
multikulturell: Verschiedene Kulturen, die z.B. in einem Staat zusammenleben.
progressiv: fortschrittlich, Gegensatz zu konservativ.
Sanierung: Instandsetzung, erfolgreiche Lösung finanzieller Probleme.
Initiative: Ein Volksrecht in der Schweiz. Möglichkeit des Volkes, in der Bundesverfassung einen neuen Artikel hinzuzufügen oder einen Artikel zu ändern.
Referendum: Ein Volksrecht in der Schweiz. Volksabstimmung über einen Beschluss des Parlaments.
Vernehmlassung: Möglichkeit der Stellungnahme von interessierten Gruppierungen zu einem Gesetzesvorschlag.
Legitimation: Beglaubigung, rechtliche Anerkennung.
Massenmedien: Auf grosse Massen ausgerichtete Vermittler von Informationen, z.B. Radio, TV, Presse, Internet.
humanitär: wohlütig, menschenfreundlich.

Links-Rechts-Schema

Links / sozial	bürgerlich / Rechts
<p>sich für Benachteiligte und Schwächere unserer Gesellschaft einsetzen</p> <p>vermehrte staatliche Hilfen und Eingriffe</p>	<p>sich auf die persönliche Freiheit und Selbstverantwortung berufen (= liberales Gedankengut)</p> <p>möglichst wenig staatliche Eingriffe</p>

progressiv: gesellschaftliche Neuerungen fördernd
eine sozial-marktwirtschaftliche Ordnung vertretend, mit Betonung auf sozial vorwiegend Interessen der Arbeitnehmer vertretend
die militärischen Ausgaben zugunsten der Umwelt und höherer Sozialausgaben kürzen
grenzüberschreitend, international ausgerichtet

konservativ: an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhaltend, traditionell
eine sozial-marktwirtschaftliche Ordnung vertretend, mit Betonung auf marktwirtschaftlich die Interessen der Arbeitgeber vertretend
für eine starke Landesverteidigung mit einer gut ausgerüsteten Armee
auf den eigenen Staat ausgerichtet, Pflege des nationalen Gedankenguts

Die grössten Parteien

Name/ Gründungsjahr	SP Sozialdemokratische Partei (1888)	Die Mitte Partiefusion von CVP und BDP (2020)	FDP* FDP, Die Liberalen (2009)	SVP Schweizerische Volkspartei (1936)	Grüne Grüne Partei der Schweiz (1983)	GLP Grünliberale Partei Schweiz (2007)	EVP Evangelische Volkspartei (1919)
Internetadresse	www.sp-ps.ch	www.die-mitte.ch	www.fdp.ch	www.svp.ch	www.gruene.ch	www.gruenliberale.ch	www.evp-pev.ch
Partei vertritt hauptsächlich	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeiterschaft, Angestellte, Staatsangestellte • Leute aus allen Einkommensschichten • Leute mit nicht bürgerlichen, sozialistischen, progressiven Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • Breit abgestützte Wählerschaft, z. B. Arbeitnehmer, Familien • Früher vorwiegend Katholiken • Leute mit bürgerlichen Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitgeber, Kaderleute, Angestellte, Staatsangestellte • Eher besser verdienende Einkommensschichten • Leute mit bürgerlichen Interessen (z. B. Privateigentum, Sicherheit, Freiheit) 	<ul style="list-style-type: none"> • Breit abgestützte Wählerschaft, z. B. Bauern und Bäuerinnen • Arbeiterschaft • Gewerbetreibende • Besser verdienende Einkommensschichten • Leute mit bürgerlichen Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • Eher junge, gebildete und mobile Leute mit Umweltbewusstsein • Vor allem in Städten aktiv • Hoher Frauenanteil 	<ul style="list-style-type: none"> • Gut gebildete, städtische Leute • Höhere Einkommensschichten 	<ul style="list-style-type: none"> • Protestantische Wählerschaft • Leute mit religiösem Gedankengut der evangelischen Kirche • Aktiv in protestantischen Regionen der Deutschschweiz, z. B. BE, ZH, SO, TG
Hauptziele und Anliegen	Mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft	Mensch und Familie als Zentrum der politischen Diskussion	Freiheit und Selbstverantwortung für alle	Erhaltung einer neutralen und unabhängigen Schweiz	Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen durch gezieltes ökologisches Handeln (z. B. umweltgerechte Verkehrspolitik durch Umlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, Verteuerung der Energiepreise, Bio-Landbau, Stilllegung der Atomkraftwerke)	Verbindung von Umweltschutz/ Nachhaltigkeit und liberaler Wirtschaftspolitik	Die Bibel bestimmt das politische Handeln
Sozialwerke	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung und Ausbau der Sozialwerke wie AHV, IV, ALV 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung der Sozialwerke in ihrem heutigen Zustand 	<ul style="list-style-type: none"> • Massvoller finanzieller Einsatz der Sozialwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung der Sozialwerke, z. T. Abbau (Gesundheitswesen) 	<ul style="list-style-type: none"> • Umweltschutz, z. B. Abschaffung der Atomkraftwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, massvoller finanzieller Einsatz bei den Sozialwerken 	<ul style="list-style-type: none"> • Schutz des menschlichen Lebens in allen Bereichen
Wirtschaftsordnung	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Marktwirtschaft mit ausgleichenden Staatseingriffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale und menschliche Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst viele Freiheiten, insbesondere Wettbewerb auf dem Markt 	<ul style="list-style-type: none"> • Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Verkehrspolitik durch Umlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, Verteuerung der Energiepreise, Bio-Landbau, Stilllegung der Atomkraftwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • Der Staat muss sich vor allem um das Wohl des Menschen kümmern, z. B. Arbeit geben 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, Unterstützung des bilateralen Wegs
Steuern	<ul style="list-style-type: none"> • Gerechtere Verteilung der Einkommen und Besteuerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Entlastung von Familien und Mittelstand, keine neuen Steuern 	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst tiefe Steuerbelastung, keine neuen Steuern 	<ul style="list-style-type: none"> • ▶ Santerung des Bundeshaushaltes und markante Steuerreduktionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Sozialwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, Unterstützung des bilateralen Wegs
Europapolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Langfristig für einen EU-Beitritt der Schweiz 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, kein EU-Beitritt 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs, kein EU-Beitritt 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, keine fremden Richter 	<ul style="list-style-type: none"> • Für einen EU-Beitritt der Schweiz 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, Unterstützung des bilateralen Wegs
Energie	<ul style="list-style-type: none"> • Atomausstieg vorantreiben, alternative Energien fördern 	<ul style="list-style-type: none"> • Versorgungssicherheit gewährleisten, Förderung erneuerbarer Energien, keine neuen AKWs 	<ul style="list-style-type: none"> • Versorgungssicherheit gewährleisten, Prüfung alternativer Energien, keine neuen AKWs mit Reaktoren der aktuellen Generation 	<ul style="list-style-type: none"> • Zuerst Auslagerung, Option Atomstrom beibehalten 	<ul style="list-style-type: none"> • Für die Legalisierung aller Drogen, z. T. kontrolliert 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, Unterstützung des bilateralen Wegs
Verteidigung	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine kleinere Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine starke Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine starke Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Starke Armee ohne Auslandseinsätze 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Legalisierung von weichen Drogen, restriktive Drogenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, Unterstützung des bilateralen Wegs
Drogenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Legalisierung des Konsums und Handels von weichen Drogen wie Hanf 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsichtige Legalisierung des Konsums von weichen Drogen 	<ul style="list-style-type: none"> • Drogenkonsum im privaten Umfeld legalisieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Legalisierung von weichen Drogen, restriktive Drogenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Legalisierung von weichen Drogen, restriktive Drogenpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung des bilateralen Wegs 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, Unterstützung des bilateralen Wegs

Abbildung 2.2: Übersicht: Die grössten Parteien / Weitere Parteien

Verbände / Gewerkschaften

Arbeitgeberverbände:

Sie vertreten die Interessen der Arbeitgeber bzw. der Unternehmen und des Gewerbes, wie z.B.: „Verband der Schweizer Unternehmer“, „economiesuisse“, „Schweiz. Gewerbeverband (SGV)“, „Schweiz. Bauernverband (SBV)“.

Gewerkschaften (Arbeitnehmerverbände): Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung, wie z.B.: „Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB)“, „Travail. Suisse“, „Unia“.

Weitere Interessenorganisationen: Sie vertreten Teilbereiche des öffentlichen Lebens, wie z.B.: Verkehr („TCS“, „ACS“, „VCS“, „Schweizerischer Nutzfahrzeugverband (ASTAG)“), Konsum („Stiftung für Konsumentenschutz (SKS)“), Umwelt („WWF Schweiz“, „Greenpeace Schweiz“, „CCC (Clean clothes campaign)“), Aussenpolitik („Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)“, „Schweizerische Flüchtlingshilfe“), Wohnen („Schweiz. Mieterinnen- und Mieterverband“, „Schweiz. Hauseigentümerverband“), Frauen („Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF)“)

Ziel und Zweck: unterstützen Mitglieder und vertreten ihre Interessen gegen aussen

Politische Funktion: Meist sind sie im National- oder Ständerat vertreten. Sie nehmen in dieser Funktion die Interessen ihrer Verbände wahr. Man nennt diese Interessengruppierungen Lobbys (möglich aufgrund hoher Mitgliederzahl, grosse Finanzkraft und ausgeprägte Organisationsstruktur).

Aufgaben der Massenmedien / der vierten Gewalt im Staat

Meinungsbildung, Kontrolle über die politischen Behörden / Missstände aufdecken

NGOs / Non-Governmental Organizations

- vom Staat unabhängig, international tätige Organisation
- privaten Gruppen (Parteien, Vereinen, Kirchen usw.) gegründet und getragen
- vertritt die Interessen eines speziellen Bereichs
- Z.B.: Amnesty International (AI), Brot für alle, Caritas Schweiz

Rechte und Pflichten:

Rechte

Grundrechte/Freiheitsrechte
Staatsbürgerliche Rechte
Bürgerrechte
Internationaler Gerichtshof
Europäische Menschenrechtskonvention

Politische Rechte
Stimm- und Wahlmehrheiten
Volksmehr

Majorzwahl
Proporzwahl
Ständemehr

Passives Wahlrecht
Aktives Wahlrecht
Versicherungspflicht
Militärdienst

Pflichten

Abbildung 2.3: Übersicht: Rechte und Pflichten

Rechte und Pflichten - Menschenrechte:**Wichtige Begriffe**

Petition: Eine Petition ist eine Eingabe, Bittschrift oder ein Antrag in irgendeiner Sache an eine dafür zuständige Behörde. Das Recht, eine Petition einzureichen, haben alle (auch Minderjährige). Petitionen sind nur Anregungen und müssen nicht beantwortet werden. Eine Petition ist ein Grundrecht.

Volksrechte: Politische Mitwirkungsrechte des Volkes (Volksinitiative, Referendum, Stimm- und Wahlrecht).

universell: umfassend

Konvention: Abkommen, Übereinkunft. Eine Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen mehreren Staaten mit rechtlichen, politischen oder wirtschaftlichen Inhalten.

Einteilung der Rechte

- **Grundrechte / Freiheitsrechte** (universell)
- Recht auf Leben (Art. 10 BV, Art. 2 EMRK)
- Recht auf Menschenwürde (Art. 7 BV)
- Rechtsgleichheit (Art. 8 BV, Art. 14 EMRK)
- Diskriminierungsverbot (Art. 8.2 BV)
- Recht auf ein faires Gerichtsverfahren (Art. 30 BV)
- Meinungsäusserungs-, Versammlungsfreiheit (Art. 16, 22, 23 BV, Art. 10 EMRK)
- Vereinigungsfreiheit (Art. 23 BV, Art. 11 EMRK)
- Ehefreiheit (Art. 14 BV, Art. 8 EMRK)
- Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 15 BV, Art. 9 EMRK)
- Recht auf Leben und persönliche Freiheit (Art. 10 BV, Art. 2 – 5 und 8 EMRK)
- Recht auf Bildung (Art. 19 BV, Art. 19 Sozialcharta)
- Recht auf soziale Sicherheit (Art. 41 BV, Art. 12 Sozialcharta)
- Petitionsrecht (Art. 33 BV)
- Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV)
- Eigentumsgarantie (Art. 26 BV)
 - **Staatsbürgerliche Rechte** (alle Staatsbürger/innen)
 - Niederlassungsfreiheit (Art. 24 BV)
 - Bürgerrechte/ Recht auf Staatszugehörigkeit (Art. 37, 38 BV)
 - Schutz vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung (Art. 25 BV)
 - * **Politische Rechte / Volksrechte** (alle handlungsfähige Schweizer/innen)
 - * Stimmrecht und Wahlrecht (Art. 34, 39, 136 BV)
 - * Referendumsrecht (Art. 141 BV) S. 52
 - * Initiativrecht (Art. 138, 139 BV) S. 53

Der internationale Menschenrechtsschutz der UNO

Die UNO hat die Grundrechte **1948 in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“** (AEMR) festgehalten. Damit setzte die Generalversammlung der UNO den Grundstein für einen universellen Menschenrechtsstandard. Die AEMR ist **völkerrechtlich nicht bindend**, das heisst, dass daraus für die Mitgliedstaaten der UNO keine Verpflichtungen entstehen. Um diese Rechte verbindlich zu machen, hat die UNO **1966** den Inhalt der AEMR in zwei Pakten zusammengeführt, die von den Mitgliedstaaten im Sinne eines Vertrages unterzeichnet werden können: **Pakt I über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte** und **Pakt II über die politischen und zivilen Rechte**. Pakt I verankert beispielsweise das Recht auf Arbeit, das Recht auf soziale Sicherheit, das Recht auf Bildung oder das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Pakt II garantiert etwa das Recht auf Leben, das Verbot der Sklaverei, das Verbot der Folter, die Meinungsäusserungs- und Informationsfreiheit, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Rechte im Straf- und Zivilverfahren. Die UNO hat ausserdem mehrere Konventionen zum Schutz bestimmter Gruppen (z. B. Kinder) geschaffen.

Die wichtigsten Menschenrechtsabkommen des Europarats

- Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)
 - Recht auf Leben, Freiheit, Bildung und körperliche Unversehrtheit
 - Recht auf ein faires Gerichtsverfahren
 - Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens
 - Recht auf Gedanken- und Gewissensfreiheit
 - Recht auf Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit
 - Die EMRK verbietet ausdrücklich Folter, Sklaverei, die Todesstrafe, Zwangsarbeit, die Ausweisung oder Abschiebung eigener Staatsangehöriger.
- Anti-Folter-Konvention
Europäische Übereinkommen zur Vorbeugung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.
- Schutz nationaler Minderheiten
Das Rahmenübereinkommen zum Schutze nationaler Minderheiten trat in der Schweiz 1999 in Kraft.
- Europäische Sozialcharta
 - Recht auf Arbeit und gleiche Arbeitsbedingungen
 - Recht auf Berufsausbildung
 - Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit
 - Streikrecht

Rechte und Pflichten - Staatsbürgerliche Rechte in der Schweiz:

Wichtige Begriffe

Asyl: Unterkunft, Aufnahme und Schutz von Menschen, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind (Gründe: Krieg, politische Verfolgung, Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltkatastrophen usw.).

Adoption: Ein Kind, das nicht von den leiblichen Eltern abstammt, als eigenes Kind annehmen.

Niederlassungsfreiheit (Art. 24 BV)

Schweizerinnen und Schweizer haben grundsätzlich das Recht, sich an jedem Ort der Schweiz niederzulassen sowie jederzeit ungehindert aus- bzw. einzureisen. Einschränkungen:

- Ausländerinnen und Ausländern steht dieses Recht nur mit dem Ausweis C zu (→ Niederlassungsbewilligung).
- Menschen, die um Asyl ersuchen, haben kein Recht auf Niederlassungsfreiheit.
- Angestellte des Bundes, der Kantone und der Gemeinden unterliegen unter Umständen einer Wohnsitzpflicht (Arbeitsort = Wohnort).
- Der neue Wohnsitz muss in einer bestimmten Frist der zuständigen Behörde gemeldet werden.

Schutz vor Ausweisung, Auslieferung und Ausschaffung (Art. 25 BV)

- Schweizerinnen und Schweizer dürfen nicht aus dem Staatsgebiet der Schweiz ausgewiesen werden, ausser sie sind damit einverstanden.
 - Flüchtlinge dürfen nicht in einen Staat ausgeschafft werden, in dem sie verfolgt werden.
 - Niemand darf in einen Staat ausgeschafft werden, in dem Folter, unmenschliche Behandlung oder Bestrafung droht.
- Ausweisung:
Gerichtlich angeordnetes Verlassen des Landes, verbunden mit einem Rückkehrverbot.
- Auslieferung:
Auf Ersuchen einer ausländischen Behörde wird eine Person für den Strafvollzug bzw. die Strafverfolgung ausgeliefert.
- Ausschaffung / Rückschaffung:
Zwangswise Vollzug einer Ausweisung unter Einsatz der Polizei.

Bürgerrechte (Art. 37/ 38 BV)

Das Schweizer Bürgerrecht basiert auf dem Bürgerrecht der Gemeinde und des Kantons. Der Bund erlässt Mindestvorschriften und erteilt die endgültige Einbürgerungsbewilligung. Die Kantone und Gemeinden können weitergehende Bedingungen aufstellen. Erwerb:

- Durch Abstammung und Adoption (mindestens ein Elternteil hat das Schweizer Bürgerrecht)
- Durch Einbürgerung: Bedingungen und Verfahren sind je nach Kanton und Gemeinde sehr unterschiedlich und zeitaufwändig.

Rechte und Pflichten - Politische Rechte in der Schweiz:

Wichtige Begriffe

profilieren: Seine Fähigkeiten für einen bestimmten Aufgabenbereich entwickeln und zeigen, sich einen Namen machen.

Mandat: Auftrag, Vollmacht, Amt (z.B. politisches Amt als Bundesrat)

Parteistimmen: Alle Stimmen einer Partei, welche die Kandidaten der betreffenden Partei erhalten, zuzüglich der Zusatzstimmen (= Parteistimmen ohne Namensbezeichnung eines Kandidaten).

Kandidatenstimmen: Alle Stimmen, die für eine Kandidatin oder einen Kandidaten abgegeben werden.

Nochmal wichtige Begriffe

- Wählen = Personen für eine Behörde oder ein Amt bestimmen
- Stimmen = zu einer Sachvorlage „Ja“ oder „Nein“ sagen
- Gleichheit = Jede Stimme wiegt gleich viel

- Freiheit = Stimmabgabe ohne Druck von aussen
- Geheimhaltung = Stimmabgabe ohne Kontrolle des Inhalts
- Aktives Wahlrecht = das Recht, jemanden zu wählen oder Wahlvorschläge einzureichen
- Passives Wahlrecht = das Recht, für ein Amt gewählt zu werden

Stimm- und Wahlrecht

- Absolutes Mehr = Gewählt ist, wer die Hälfte aller gültigen Stimmen plus eine Stimme erreicht hat (ungültige oder leere Wahlzettel werden nicht gezählt).
- Relatives Mehr = Gewählt ist, wer die höchste Stimmenzahl im Vergleich mit den anderen Kandidaten und Kandidatinnen erreicht hat. Man muss nicht die Hälfte aller Stimmen erreicht haben.
- Qualifiziertes Mehr = Je nach Wahl- oder Abstimmungsbestimmungen muss ein bestimmter Bruchteil der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht werden.
- Volksmehr = Die Mehrheit der stimmenden Bevölkerung. Der Anteil der Ja-Stimmenden muss über 50% sein.
- Ständemehr = Die Mehrheit der Kantone (mindestens 12 der 23 Kantone) müssen der Vorlage zustimmen (Halbkantone = halbe Stimmen). Ob ein Kanton zustimmt oder ablehnt, hängt vom Volksmehr des jeweiligen Kantons ab.
- Doppeltes Mehr = Zur Annahme gewisser Vorlagen ist es nötig, dass das Volks- und das Ständemehr vorliegen (alle Volksinitiativen, obligatorisches Referendum, Beitritt zu bestimmten internationalen Organisationen).

Majorzwahlen

1. Wahlgang: Im ersten Wahlgang gilt in der Regel das absolute Mehr. Gewählt ist, wer das absolute Mehr erreicht hat.
2. Wahlgang: Er findet dann statt, wenn zuvor niemand das absolute Mehr erreicht hat. Oft entscheidet dann nur noch das relative Mehr.

Proporzahlen

Proporzwahl heisst Verhältniswahl (proportional = verhältnismässig). Das bedeutet, dass die zu vergebenden Sitze (Mandate) im Verhältnis zum Stimmenanteil der Parteien verteilt werden. Die Parteien reichen ihre Wahlvorschläge auf sogenannten Listen oder Wahlzetteln ein. Diese dürfen höchstens so viele Namen enthalten, wie im entsprechenden Wahlkreis Sitze zu vergeben sind. Wählbar sind nur Kandidatinnen und Kandidaten, die auf den betreffenden Listen stehen.

Für eine gültige Wahl gilt:

- Nur amtliche Wahlzettel sind gültig.
- Der Wahlzettel muss mindestens einen gültigen Namen enthalten.
- Der Wahlzettel darf nicht mehr Namen enthalten, wie Sitze zu vergeben sind.
- Der Wahlzettel ist handschriftlich auszufüllen oder abzuändern.
- Bei handschriftlich eingesetzten Kandidatinnen und Kandidaten müssen Name, Vorname sowie Kandidaten-Nummer angegeben werden.
- Es sind nur die Namen gültig, die auf einem der vorgedruckten amtlichen Wahlzettel stehen.

- Vermerke wie „dito“ oder Gänsefüsschen sind ungültig.
- Der Wahlzettel darf weder unterschrieben noch sonst wie gekennzeichnet werden.
- Wahlzettel mit ehrverletzenden Äusserungen sind ungültig.
- Kein Name darf mehr als zweimal auf dem Wahlzettel aufgeführt werden.

Notiz: Proporzahlen

Vorteil: kleinere Parteien werden auch mitberücksichtigt

Nachteil: mathematischer Aufwand

Der Wähler oder die Wählerin hat verschiedene Wahlmöglichkeiten. Im Grundsatz gilt:

- Man darf nur einen Wahlzettel abgeben, welche **leer** gegeben wird bzw. **unverändert** abgegeben wird.
- Jede kandidierende Person bringt der Partei, die sie auf die Parteiliste gesetzt hat, eine oder – falls man **kumuliert** – zwei Stimmen. Dies gilt auch, wenn man die kandidierende Person auf eine andere Liste überträgt (**panaschieren**) oder schlicht **streicht** (diese Möglichkeiten können auch kombiniert werden).
- Leere Linien gelten als Listenstimmen. Sie werden derjenigen Partei zugerechnet, die oben am Kopf des Wahlzettels steht.

Stille Wahlen

Es kann auf Kantons- und Gemeindeebene vorkommen, dass für eine Wahl gerade so viele Kandidatinnen und Kandidaten vorgeschlagen werden, wie Sitze zu verteilen sind. In diesem Fall kommt es zu einer stillen Wahl, d.h., es kommt zu keinem Wahlgang. Die betreffenden Kandidatinnen und Kandidaten gelten als für das Amt gewählt.

Rechte und Pflichten - Staatsbürgerliche Pflichten in der Schweiz:

- Militärdienst oder ziviler Ersatzdienst (BV Art. 59, gilt nur für Männer)
- Zivilschutz (BV Art. 61, gilt nur für Männer)
- Schulpflicht (BV Art. 62)
- Steuerpflicht (BV Art. 128)
- Versicherungspflicht (BV Art. 111 – 114, 117; verschiedene Verpflichtungen und Vorschriften über obligatorische Versicherungen, wie z.B. AHV, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Pensionskasse).
- Amtspflicht
Einige Kantone kennen noch die Verpflichtung, für eine gewisse Zeit ein öffentliches Amt zu übernehmen (in Kantonsverfassungen verankert).

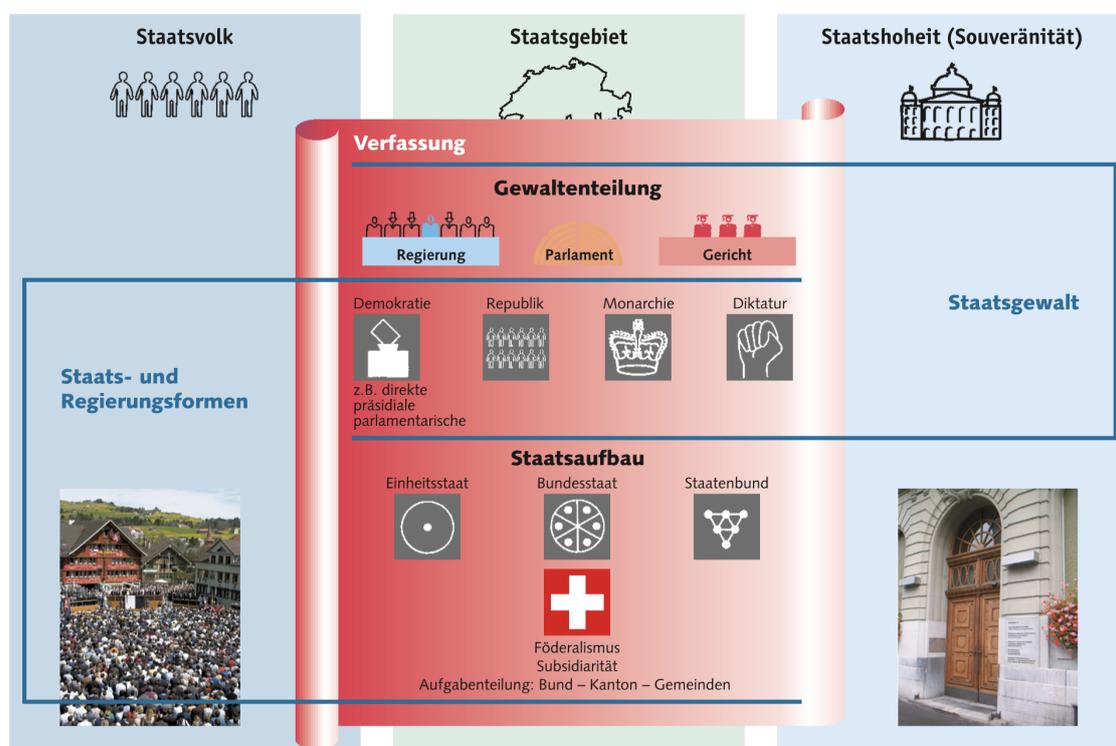
Strukturen des Staates:

Abbildung 2.4: Übersicht: Staatsvolk - Staatsgebiet - Staatshoheit

Strukturen des Staates - Merkmale des Staates:

- Staatsvolk: Zum Beispiel Schweizer, Deutsche, Italiener
- Staatsgebiet (Territorium): Grund und Boden, Staatsgebiet, Hoheitsgebiet
- Staatshoheit (Souveränität): Der Staat verfügt über die Herrschaftsgewalt. Er bestimmt selbstständig über seine inneren und äusseren Angelegenheiten (= Selbstbestimmung bzw. Unabhängigkeit). Heute spricht man auch von Autonomie, d.h. die Befugnis, selbst Recht zu setzen. In einer Demokratie ist das Volk der Souverän, weil es letztlich selbst an der Urne die Entscheidungen treffen kann. Ein Staat muss auch völkerrechtlich (von der internationalen Staatengemeinschaft) anerkannt sein. Dadurch erhalten z.B. seine Staatsverträge auch international Gültigkeit.
- Staatsgewalt: Staatshoheit heisst auch, die Staatsgewalt innehaben. Damit meint man die staatliche Befugnis:
 - Recht zu setzen (Parlament) → gesetzgebende Behörde (→ Parlament: Legislative)
 - Recht auszuführen (Regierung) → ausführende Behörde (→ Regierung: Exekutive)
 - Recht durchzusetzen und über Unrecht zu entscheiden (oberstes Gericht) → richterliche Behörde (→ Gerichte: Judikative)

Strukturen des Staates - Staats- und Regierungsformen:**Wichtige Begriffe**

Souveränität: Staatshoheit, -gewalt. Der Staat bestimmt sein Handeln sowohl nach innen als auch nach aussen.

Soziale Wohlfahrt: Staatliches und wirtschaftliches Handeln zur Erhaltung oder Erweiterung der Lebensqualität in einem Staat (z.B. Wohlstand, intakte Umwelt, Sicherheit, Freiheit) unter Berücksichtigung von benachteiligten Menschen der Gesellschaft.

Autonomie: Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, z.B. von Staaten oder Teilstaaten.

Zentralismus: Politik und Verwaltung eines Staates werden von einer zentralen Stelle aus gesteuert. Im Gegensatz dazu steht der Föderalismus.

Repräsentant: Vertreter (einer Gruppe, eines Volkes)

Rechtsstaat: Ein Staat, in dem Recht und Gerechtigkeit als Leitideen in der Verfassung und in der Rechtsordnung festgelegt sind. Die Ausübung der Staatsgewalt beruht auf mehreren Pfeilern. Unabhängige Gerichte schützen die Rechte der Bürger. Dies wird am besten in einer Demokratie garantiert.

Konkordanz: Übereinstimmung verschiedener Meinungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Lösung.

Opposition: Widerspruch, Widerstand. In der Politik: alle nicht an der Regierung beteiligten Parteien.

Regimes: Bestimmtes politisches System, das die drei Staatsgewalten zum Nachteil des Volkes kontrolliert oder in einer Person oder Personengruppe vereint.

Polizeistaat: Staat, in dem ein mächtiger Polizeiapparat, oft unterstützt durch eine Geheimpolizei, nicht genehme Person und Gruppen überwacht und verfolgt. Diese sind schutzlos der Macht und Willkür der Staatsgewalt ausgeliefert.

Einleitung nach dem Staatsaufbau

- Einheitsstaat (Zentralstaat): Der Staat wird von einem Zentrum aus von einer einzigen Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung geführt (Zentralismus). Die einzelnen Regionen kennen keine Parlamente und Regierungen wie z. B. die Kantone in der Schweiz. Beispiele: Frankreich, Italien, Griechenland, China.
- Staatenbund (Konföderation): Er stellt einen lockeren Zusammenschluss selbstständiger Staaten dar mit dem Zweck, gemeinsame Aufgaben (z. B. wirtschaftliche oder militärische) zu lösen. Jeder einzelne Staat bleibt grundsätzlich souverän und kann auch aus dem Staatenbund austreten. Beispiele: EU, NATO (Nordatlantikpakt).
- Bundesstaat (Föderation): Vereinigung von Teilstaaten zu einem, nach aussen einzigen Staat. Aufgaben, die im Gesamtinteresse liegen (z. B. Aussenpolitik), löst der Gesamtstaat. Andere Aufgaben, z. B. das Schulwesen, löst jeder Teilstaat selbst. Jeder Teilstaat hat seine eigene Regierung, Verfassung und sein Parlament (Föderalismus). Beispiele: Schweiz (Bündnis von 26 Kantonen), Deutschland (16 Bundesländer).

Einleitung nach dem Staatsoberhaupt

- Monarchie (Alleinherrschaft): Die Macht im Staat wird durch eine Person ausgeübt. Dabei gibt es verschiedene Formen der Machtausübung. Beispiele sind:
 - absolute Monarchie: Der Fürst hat uneingeschränkte Macht (z.B.: Louis XIV in Frankreich, Saudi-Arabien, Vatikan).
 - konstitutionelle Monarchie: Der Herrscher teilt seine Macht mit dem Parlament (z.B.: Jordanien).
 - parlamentarische Monarchie: Parlament und Regierung teilen sich die Staatsgewalt. Der Monarch ist nur Repräsentant des Staates und Symbol der nationalen Einheit (z.B.: Grossbritannien, Schweden, Spanien).

- Republik: Das Staatsvolk oder ein Teil davon (z. B. eine Partei, ein paar Auserwählte) ist Träger der Staatsgewalt. Man unterscheidet zwei Ausformungen von Republiken:
 - Bei der parlamentarischen Republik (→ parl. Demokratie) ist die Regierung in ihrer Amtsausübung auf die direkte oder indirekte Unterstützung durch das Parlament angewiesen (z.B.: Deutschland).
 - Bei der präsidentialen Republik (→ präs. Demokratie) hat das Staatsoberhaupt auch die Funktion eines Regierungschefs inne und ist relativ unabhängig vom Parlament (z.B.: USA).

Einleitung nach der Regierungsform

- Demokratie (Volksherrschaft): Die Macht im Staat wird vom Volk ausgeübt. Es ist oberster Entscheidungsträger.
- Diktatur (Gewaltherrschaft): Die Staatsgewalt wird von einem Einzelnen (Diktator, Führer) oder einer Gruppe (Partei) ausgeübt.

Grundlegende Voraussetzungen einer Demokratie

- Anerkennung der Menschenrechte: Demokratien sind Rechtsstaaten.
- Gewaltenteilung: Teilung der Staatsgewalt in gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt.
- Volkssouveränität: Es finden freie Abstimmungen und Wahlen statt. Es entscheidet grundsätzlich die Mehrheit.
- Pluralismus: Die Vielfalt der Interessen und Kulturen ist allgemein anerkannt. Sie soll im politischen Prozess angemessen berücksichtigt werden (→ Parteienvielfalt).
- Opposition: Nicht-Regierungsparteien sind im Parlament vertreten und können die Regierung öffentlich kritisieren (Meinungs- und Pressefreiheit).
- Wahrung der Privatsphäre: Grundsätzlich keine Einmischung des Staates in das Privatleben seiner Bürgerinnen und Bürger.

Formen der Demokratie

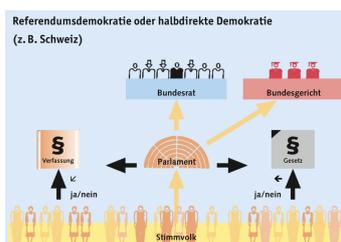


Abbildung 2.5: Schema: halbdirekte Demokratie

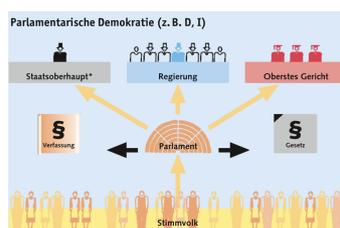


Abbildung 2.6: Schema: indirekte Demokratie

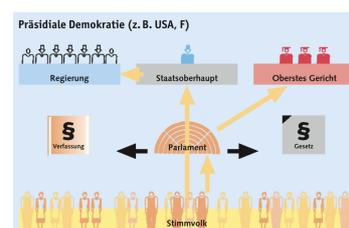


Abbildung 2.7: Schema: indirekte Demokratie

Grundlegende Voraussetzungen einer Diktatur

- Missachtung der Menschenrechte: Folterung und Verschwindenlassen von Personen
- keine Gewaltenteilung: Die drei Staatsgewalten (Regierung, Parlament, Gericht) werden vom diktatorischen Regime kontrolliert.
- keine Volkssouveränität: Keine Mitbestimmung des Volkes. Es finden nur Scheinwahlen statt. Sie werden von den Machthabern manipuliert und dienen der Machterhaltung.

- kein Pluralismus: Gleichschaltung der Interessen, Personenkult (Propaganda für den Führer), allein herrschende Staatspartei
- keine Opposition: Unterdrückung der Opposition, Medienzensur oder -verbot (keine Meinungs- und Pressefreiheit), gezielte Fehlinformationen durch den Staat
- keine Wahrung der Privatsphäre: Polizeistaat, Bespitzelung durch Geheimpolizei

Strukturen des Staates - Die Gewaltenteilung:

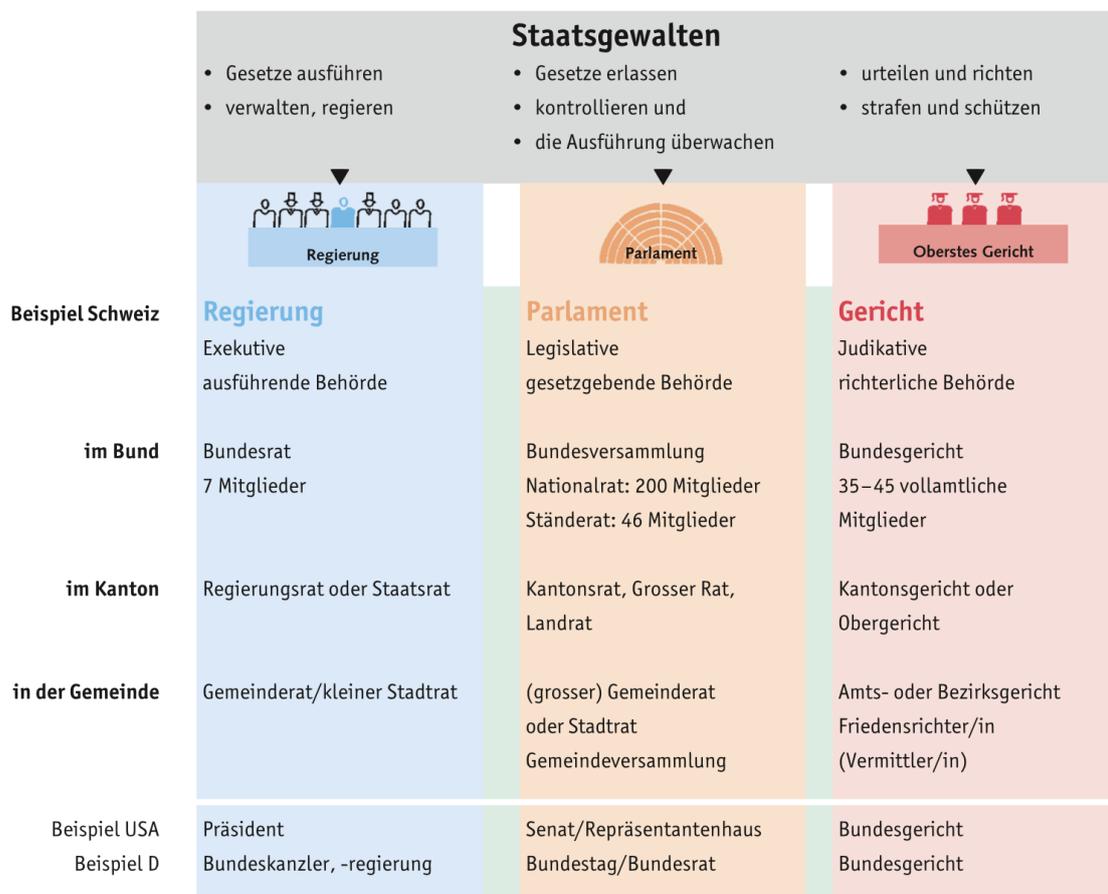


Abbildung 2.8: Übersicht: Gewaltenteilung

Vierte Macht / Gewalt im Staat: Massenmedien ... mittels: Radio, Fernseher, Zeitung, Internet.

- ... informieren die Öffentlichkeit. . .
- ... decken Missstände auf für die Öffentlichkeit. . .
- ... beeinflussen die Meinungsbildung der Öffentlichkeit. . .

Strukturen des Staates - Die Verfassung:**Wichtige Begriffe**

Massenmedien: Auf grosse Massen ausgerichtete Vermittler von Informationen, z.B. Radio, TV, Presse, Internet.
revidieren: prüfen, abändern, korrigieren, erneuern
Präambel: Einleitung, feierliche Absichtserklärung als Verfassungseinleitung.
Kompetenz: Fähigkeit, Befähigung, Befugnis, Zuständigkeit für eine Aufgabe
Subsidiarität: Prinzip in der Politik, übergeordnete Instanzen leisten Hilfe, indem sie jene Aufgaben lösen, die von untergeordneten Instanzen nicht selbst bewältigt werden können.

Aufbau der schweizerischen Verfassung

- **Staatsziel und -zweck** leitet die Verfassung in würdevollen Worten ein und drückt die geistige Grundhaltung aus (Präambel)
- **Staatsstruktur** bestimmt den Staatsaufbau und die Staats- und Regierungsform (Präambel, Art. 1 – 6)
- **Grundrechte, politische Rechte** nennt Grundrechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger sowie Sozialziele (Art. 7 – 41, 136 - 142)
- **Staatsaufgaben und Kompetenzverteilung** nennt wesentliche Staatsaufgaben und regelt die Zuständigkeit (Kompetenzen) zwischen Bund und Kantonen (Aufgabenverteilung) und erteilt dabei: Gesetzgebungsaufträge als Basis für die Gesetzbücher wie OR, ZGB, Strafgesetzbuch, Strassenverkehrsgesetz, Arbeitslosenversicherung usw. (Art. 42 – 135)
- **Bundesbehörden** klärt Organisation und Zuständigkeiten der Bundesbehörden (Gewaltenteilung) (Art. 143 – 191)
- **Verfassungsrevision** regelt die Revision der Verfassung und nennt Übergangsbestimmungen (Art. 192 – 196)

Notiz: KKK

- Konkordanz: halbdirekte Demokratie
- Koalition: parlamentarische Demokratie
- Konkurrenz: präsidentiale Demokratie

Strukturen des Staates - Schweiz: Bund, Kantone, Gemeinden:**Wichtige Begriffe**

Konkordat: Verträge zwischen einzelnen Kantonen in der Schweiz.
Behörde: Amt, hier im Sinn von Element des Staatsaufbaus.
Politische Gemeinde: Die politische Gemeinde oder Einwohnergemeinde umfasst alle im Gemeindegebiet wohnhaften Personen.
Bürgergemeinde: Auch Heimatort, Ortsgemeinde, Bürgergemeinde genannt. Dazu gehören alle Heimatberechtigten. Die Bürgergemeinde stellt den Heimatschein aus.
Kirchengemeinde / Pfarrgemeinde: Dazu gehören alle Angehörigen der entsprechenden Glaubensrichtung der Einwohnergemeinde. Die Kirchengemeinde wählt den Pfarrer.
Schulgemeinde: Behörde, die für die Betreuung des Schulwesens zuständig ist.
Zweckgemeinde / Zweckverband: Mehrere Gemeinden schliessen sich zur Bewältigung gemeinsamer Projekte zusammen.

Föderalismus

Ein Staat ist dann föderalistisch, wenn seine Gliedstaaten möglichst selbstständig bleiben, wie z.B. über Entscheidungsbefugnis und Selbstverwaltung in Schulen, Polizei, Spitäler.

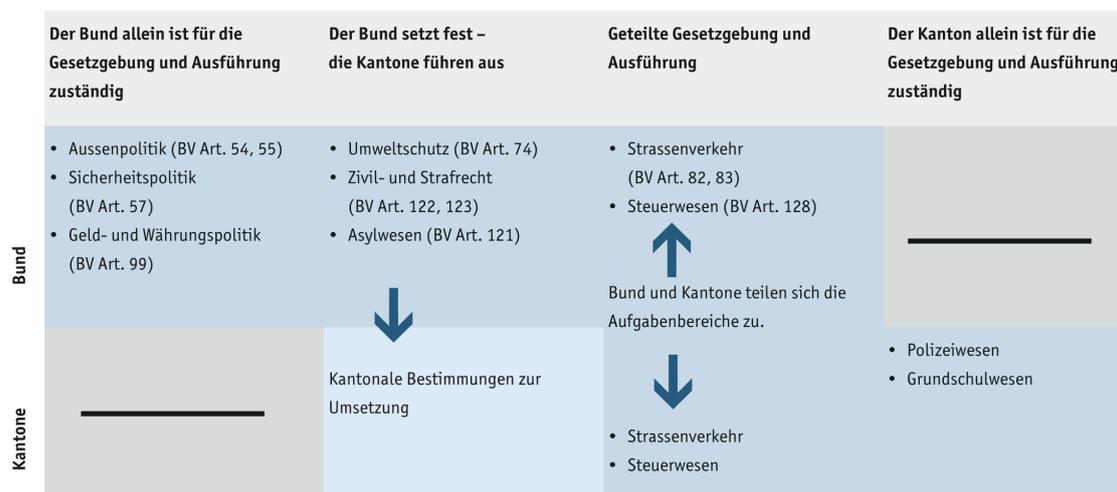
Aufgabenteilung: Bund - Kantone

Abbildung 2.9: Übersicht: Aufgabenteilung (Bund und Kantone)

Geimeinde - die kleinste politische Behörde

Die Gemeinde (oder Kommune) hat, wie der Bund und die Kantone, eine...

- ... **Gemeindeverfassung** (= Gemeindeordnung)
- ... **gesetzgebende Behörde** (in kleineren Gemeinden ist es die Gemeindeversammlung, in der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über Gemeindegeschäfte abstimmen können; in grösseren Gemeinden ist es der vom Volk gewählte Grosse Gemeinderat oder der Grosse Stadtrat)
- ... **ausführende Behörde** (Gemeinde- oder Stadtrat) samt Verwaltung (Gemeindeschreiberei, Gemeindekanzlei, Gemeindeverwaltung)
- ... **richterliche Behörde**, in bescheidenem Masse ein richterliches Organ (Friedensrichter/ in)

Geimeindeaufgaben

Ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Aufgaben ist der Vollzug der kantonalen Weisungen, z.B. ...

- ... Gemeindeordnung
- ... Bestellung der Gemeindebehörden
- ... Einwohnerkontrolle
- ... Zivilstandswesen
- ... Schulwesen
- ... Vormundschaftswesen
- ... Errichtung und Betrieb von Verkehrsmitteln, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Freizeitanlagen usw.

3 Staatskunde II (18.12.2024)

Prüfungstoff: Kapitel 4 / 5
+ Notizen und Material in „Staatskunde“

Die Schweizer Bundesbehörden:

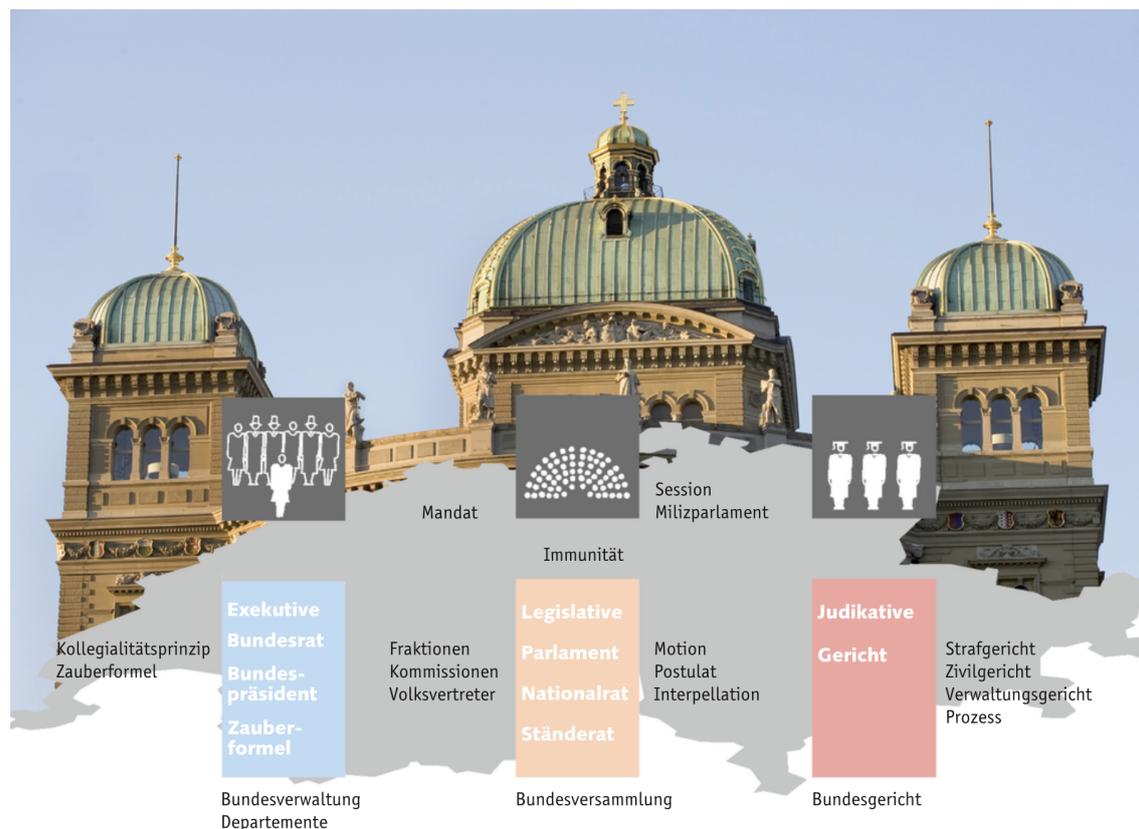


Abbildung 3.1: Übersicht: Die Schweizer Bundesbehörden

Wichtige Begriffe

Militärkassationsgericht: Oberstes Militärgericht der Schweiz, das Fälle aus dem Militärstrafrecht als oberste Instanz behandelt.

Immunität: Verfassungsmässig garantierter Schutz einer Person oder Personengruppe vor Verfolgung und Bestrafung durch die Behörden wegen einer Straftat oder Äusserung. Beispiele für die Schweiz: Mitglieder der Bundesversammlung, Bundesrat, Personen mit Diplomatenstatus.

Ämterkumulation: Ansammlung, Anhäufung von mehreren Ämtern.

Die Schweizer Bundesbehörden - Die Bundesbehörden im Überblick:

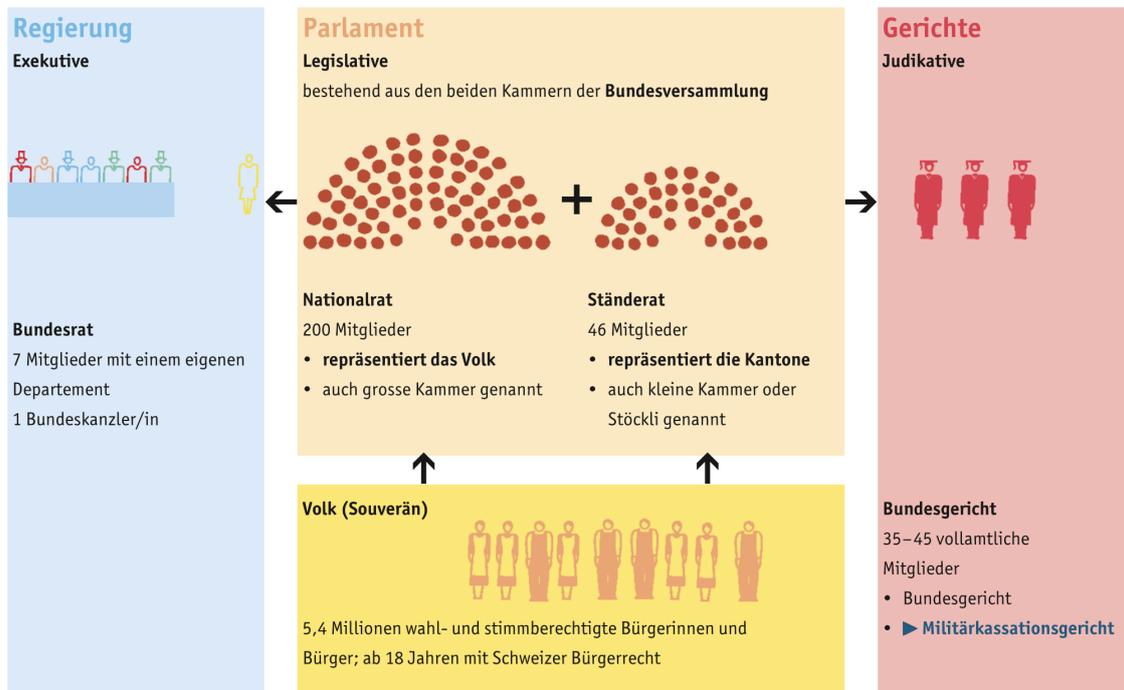


Abbildung 3.2: Die Bundesbehörden im Überblick

Die Schweizer Bundesbehörden - Die Bundesversammlung: National- und Ständerat:

Nationalrat, 200 Mitglieder:

- Abgeordnete im Verhältnis zur Wohnbevölkerung der Kantone. Die aktuellen Zahlen lauten: ZH 35, BE 24, VD 19, AG 16, SG 12, GE 12, LU 9, TI 8, VS 8, BL 7, FR 7, SO 6, TG 6, BS 5, GR 5, NE 4, SZ 4, ZG 3, JU 2, SH 2, AI 1, AR 1, GL 1, NW 1, OW 1, UR 1; mindestens ein Nationalratssitz pro Kanton.
- Bevölkerungsreiche Kantone haben somit das grössere Gewicht als die kleinen Kantone.
- Wählbar sind alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger.
- Die Abgeordneten werden für eine Amtsdauer von vier Jahren durch Proporzwahl bestimmt, wobei jeder einzelne Kanton einen Wahlkreis bildet. Kantone mit nur einem Sitz wenden das Majorzwahlverfahren an. Eine Wiederwahl ist möglich.
- Der Nationalrat tagt pro Jahr während vier Sessionen zu drei Wochen, normalerweise in Bern. Die Sitzungen sind öffentlich.
- Den Vorsitz hat der Nationalratspräsident oder die -präsidentin. Es wird als höchstes Amt der Schweiz bezeichnet, beinhaltet aber keine besonderen Machtbefugnisse.

Ständerat, 46 Mitglieder:

- Die Mitglieder stellen ein Abbild der Kantone dar: Jeder Kanton stellt 2 Abgeordnete, mit Ausnahme der Kantone OW, NW, BS, BL, AI, AR, die je 1 Abgeordneten stellen; mindestens ein Ständeratssitz pro Kanton.
- Bevölkerungsarme Kantone haben das gleiche Gewicht wie bevölkerungsreiche Kantone.

- Wählbar sind alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger.
- Die Abgeordneten werden für eine Amtsdauer von vier Jahren durch Majorzwahl bestimmt, eine Ausnahme macht der Kanton Jura (Proporzwahl). Eine Wiederwahl ist möglich.
- Der Ständerat tagt pro Jahr während vier Sessionen zu drei Wochen, normalerweise in Bern. Die Sitzungen sind öffentlich.
- Den Vorsitz hat der Ständeratspräsident oder die -präsidentin.

Notiz: Arten von Parlamenten

Milizparlament (Politiker in Teilzeitbeschäftigung) und *Berufsparlament* (Politiker in Vollzeitbeschäftigung)

Miniparlament (mit wenigen Aufgaben für spezifische Aufgaben) und *Arbeitsparlament* (mit Fokus auf Kommissionsarbeit und Gesetzesvorbereitung)

Aufgaben der Bundesverwaltung, Parlament = Nationalrat + Ständerat:

- Gesetzgebung: Die beiden Räte beraten alle Änderungen der Bundesverfassung, sie erlassen Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse und genehmigen Staatsverträge. Daneben geben sie Anstösse zu neuen Gesetzen.
- Wahlen: Die Vereinigte Bundesversammlung (alle Mitglieder des National- und Ständerates sitzen zusammen im Nationalratssaal) wählt die Mitglieder des Bundesrates (inklusive Bundeskanzler/in), des Bundesgerichts sowie im Kriegsfall den General.
- Kontrolle: Die beiden Kammern üben die politische Kontrolle aus über den Bundesrat, die Bundesverwaltung und die eidgenössischen Gerichte. Dabei können sie Kritik üben oder Empfehlungen an die kontrollierten Behörden abgeben.
- Finanzen: National- und Ständerat beraten das Budget des Bundes, beschliessen Bundesausgaben und nehmen die vom Bundesrat vorgelegte Staatsrechnung des vergangenen Jahres ab.

Wichtige Begriffe

Vereinigte Bundesversammlung: Gemeinsame Sitzung von Nationalrat und Ständerat im Nationalratssaal. Aufgaben: Wahl des Bundesrates, des Bundesgerichts, Entscheide über Begnadigungen und Kompetenzstreitigkeiten.

Mandat: Auftrag, Vollmacht, Amt, z.B. politisches Amt als Bundesrat.

Föderalismus: Innerhalb eines Staatswesens haben die Teilstaaten eine möglichst grosse Selbstständigkeit.

Session: Zusammenkunft, Sitzung. National- und Ständerat treten pro Jahr viermal zu Sessionen in Bern zusammen, die in der Regel drei Wochen dauern.

Fraktionen: Zusammenschlüsse von mindestens fünf Parlamentariern zur Vorbereitung von Ratsgeschäften und Wahlempfehlungen.

Parlamentarische Kommissionen: Kommissionen prüfen Ratsgeschäfte und setzen sich nach Fraktionsstärke zusammen, ihre Sitzungen sind nicht öffentlich.

Bundesbeschluss: Erlass (bzw. Weisung) des Parlaments, der kein Recht setzt, aber dem Referendum untersteht, z.B. Genehmigung von Staatsverträgen (Beitritt der Schweiz zur EU).

Budget: Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben (hier: des Staates).

Auflistung einiger Kommissionen: Der Nationalrat und der Ständerat verfügen beide über je 11 ständige Kommissionen. Im Nationalrat bestehen diese aus je 25 Mitgliedern, im Ständerat sind es je 13 Mitglieder:

- Finanzkommission (FK)
- Sicherheitspolitische Kommission (SiK)
- Geschäftsprüfungskommission (GPK)
- Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF)
- Aussenpolitische Kommission (APK)
- Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK)
- Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK)
- Staatspolitische Kommission (SPK)
- Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK)
- Kommission für Rechtsfragen (RK)
- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)

Parlamentarische Mittel

Die parlamentarische Initiative:

- Urheberschaft: 1 Ratsmitglied, Kommission
- Zweck: Sie erlaubt den Räten, eigene Vorschläge zu Bundesverfassung, Gesetzen und zu Bundesbeschlüssen einzubringen. Dazu wird entweder ein ausformulierter Entwurf eingereicht oder eine allgemeine Anregung im Rat gemacht.
- Zustimmung: Mehrheit in Nationalrat und Ständerat.
- Wirksamkeit: hoch

Die Motion:

- Urheberschaft: 1 oder mehrere Ratsmitglieder, Kommission, Fraktion
- Zweck: Sie verlangt zwingend vom Bundesrat, einen Gesetzesartikel oder Bundesbeschluss auszuarbeiten oder eine bestimmte Massnahme zu treffen.
- Zustimmung: Mehrheit in Nationalrat und Ständerat.
- Wirksamkeit: hoch

Das Postulat:

- Urheberschaft: 1 oder mehrere Ratsmitglieder, Kommission, Fraktion
- Zweck: Damit beauftragt das Parlament den Bundesrat, zu prüfen, ob in einem bestimmten Rechtsgebiet ein Gesetz, ein Beschluss oder eine Massnahme nötig ist. Das Postulat ist die abgeschwächte Form einer Motion.
- Zustimmung: Mehrheit in einem Rat
- Wirksamkeit: mittel

Der Auftrag:

- Urheberschaft: 1 oder mehrere Ratsmitglieder, Kommission, Fraktion
- Zweck: Er weist den Bundesrat an, einen Leistungsauftrag an bestimmte Dienststellen innerhalb der Bundesverwaltung zu erteilen oder zu ändern (z.B. Leistungsauftrag an die SBB). Der Auftrag ist eine verbindliche Richtlinie für das Handeln des Bundesrates, Abweichungen davon sind nur in Ausnahmefällen gestattet.
- Zustimmung: Mehrheit in Nationalrat und Ständerat
- Wirksamkeit: mittel

Die Interpellation:

- Urheberschaft: 1 oder mehrere Ratsmitglieder
- Zweck: Sie verpflichtet den Bundesrat, beiden Räten Auskunft zu geben über wichtige Ereignisse oder Sachprobleme der Politik und der Verwaltung.
- Zustimmung: Keine Abstimmung in den Räten
- Wirksamkeit: tief

Die einfache Anfrage:

- Urheberschaft: 1 oder mehrere Ratsmitglieder
- Zweck: Sie verlangt vom Bundesrat Auskunft über Angelegenheiten des Bundes. Der Bundesrat gibt bis zur nächsten Session eine schriftliche Antwort. Die einfache Anfrage ist die abgeschwächte Form der Interpellation.
- Zustimmung: Keine Behandlung im entsprechenden Rat
- Wirksamkeit: tief

Die Fragerunde (nur Nationalrat):

- Urheberschaft: 1 Mitglied des Nationalrates
- Zweck: Zwei Mal pro Session können Mitglieder des Nationalrates vom Bundesrat mündlich Auskunft verlangen, z.B. zu politischen Sachproblemen.
- Zustimmung: Keine Behandlung im Nationalrat
- Wirksamkeit: tief

Die Schweizer Bundesbehörden - Der Bundesrat:

Der Bundesrat 2024: Bundeskanzler Viktor Rossi, Elisabeth Baume-Schneider (SP), Ignazio Cassis (FDP), Karin Keller-Sutter (FDP), Viola Amherd (Die Mitte), Guy Parmelin (SVP), Albert Rösti (SVP), Beat Jans (SP)

Aufgaben und Zuständigkeit:

- bestimmt die Regierungspolitik (BV Art. 180)
indem er Bedürfnisse und Herausforderungen der Zukunft erkennt und beurteilt. Die daraus entstehenden Ziele des staatlichen Handelns listet er in einem Regierungsprogramm auf.
- hat Initiativrecht (BV Art. 181)
indem er Vorschläge zur Verfassungsänderung der Bundesversammlung unterbreitet.

- setzt Recht und sorgt für den Vollzug der Gesetze (BV Art. 182)
indem er selber Verordnungen erlässt und die vom Parlament erlassenen Gesetze vollzieht.
- verwaltet die Bundesfinanzen (BV Art. 183)
indem er die Staatsfinanzen plant und die Staatsrechnung erstellt.
- pflegt Beziehungen zum Ausland (BV Art. 184)
indem er die Schweiz gegen über anderen Staaten vertritt oder Staatsverträge unterzeichnet.
- sorgt für äussere und innere Sicherheit (BV Art. 185)
indem er dafür vorsorgliche Massnahmen zu treffen hat und sogar Armeetruppen (max. 4000) aufbieten kann
- pflegt die Beziehungen zu den Kantonen (BV Art. 186)
- beaufsichtigt die Bundesverwaltung (BV Art. 187)

Wichtige Begriffe

Immunität: Garantierter Schutz vor Verfolgung durch die Behörden wegen einer Straftat oder Äusserung.

Opposition: Widerspruch, Widerstand. In der Politik alle Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind.

Konkordanz: Übereinstimmung verschiedener Meinungen mit dem Ziel einer gemeinsamen Lösung.

Repräsentation: Vertretung eines Staates auf gesellschaftlicher Ebene.

Stabsstelle: Abteilung innerhalb einer gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Organisation mit bestimmten Aufgaben.

Kollegialregierung: Entscheidungen werden als gemeinsamer Beschluss des Bundesrats vertreten, unabhängig von persönlichen Meinungen.

Bundespräsident/in: Leitet den Bundesrat als „Erster unter Gleichgestellten“ ohne besondere Machtbefugnisse und repräsentiert die Schweiz innen- und aussenpolitisch.

Die Bundesverwaltung, wichtige Bundesämter (BA) der sieben Departemente:

- EDA, Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten; Ignazio Cassis (FDP)
 - Politische Direktion
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
- UVEK, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation; Albert Rösti (SVP)
 - BA für Verkehr (BAV)
 - BA für Energie (BFE)
 - BA für Strassen (ASTRA)
 - BA für Kommunikation (BAKOM)
 - BA für Umwelt (BAFU)
- WBF, Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung; Guy Parmelin (SVP)
 - Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
 - Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI)
 - BA für Landwirtschaft (BLW)

- BA für Wohnungswesen (BWO)
- Preisüberwachung
- EDI, Eidgenössisches Departement des Innern; Elisabeth Baume-Schneider (SP)
 - BA für Sozialversicherungen (BSV)
 - BA für Gesundheit (BAG)
 - BA für Statistik (BFS)
 - BA für Kultur (BAK)
- EFD, Eidgenössisches Finanzdepartement; Karin Keller-Sutter (FDP)
 - Eidg. Finanzverwaltung (EFV)
 - Eidg. Steuerverwaltung (EStV)
 - Eidg. Zollverwaltung (EZV)
 - BA für Informatik und Telekommunikation (BIT)
- EJPD, Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement; Beat Jans (SP)
 - BA für Justiz (BJ)
 - BA für Polizei (fedpol)
 - Staatssekretariat für Migration (SEM)
 - BA für Meteorologie (METAS)
- VBS, Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport; Viola Amherd (Die Mitte)
 - armasuisse
 - BA für Bevölkerungsschutz
 - Heer / Luftwaffe (HE / LW)
 - Gruppe Verteidigung
 - BA für Sport (BASPO)

Die Schweizer Bundesbehörden - Die richterliche Behörde:

Zuständigkeiten des Bundesgerichts: *Das Bundesgericht...*

... in Lausanne und Luzern hat sieben Abteilungen. In Lausanne werden zivilrechtliche, verwaltungsrechtliche und strafrechtliche Rechtsfragen beurteilt. In Luzern befinden sich die sozialrechtlichen Abteilungen, die für Versicherungsfragen zuständig sind.

Die 35 – 45 vollamtlichen sowie die neben amtlichen Bundesrichterinnen und Bundesrichter werden von der Vereinigten Bundesversammlung für jeweils 6 Jahre gewählt.

- Bundesverwaltungsgericht (St. Gallen): Beurteilt öffentlich-rechtliche Streitigkeiten im Zuständigkeitsbereich des Bundes.
- Bundesstrafgericht (Bellinzona): Beurteilt Strafsachen, die der Gerichtsbarkeit des Bundes unterstellt sind.
- Bundespatentgericht (St. Gallen): Beurteilt Streitigkeiten im Bereich Patentrecht

Richterlicher Instanzenweg:

1. Instanz: Amts- oder Bezirksgericht
↓
Appellation, Kassation
2. Instanz: Kantons- oder Obergericht
↓
Nichtigkeitsbeschwerde, Berufung
3. (letzte) Instanz: Bundesgericht

Wichtige Begriffe

Instanz: Zuständige Stelle, Behörde

Appellation: Berufung, Anrufung der nächsthöheren Gerichtsstanz, um den Fall neu zu beurteilen.

Kassation: Nichtigkeitsbeschwerde, Aufhebung eines Urteils durch nächsthöhere Instanz.

Rechtsmittel: Juristische Mittel, um Gerichtsoder Verwaltungsentscheide anfechten zu können und von der nächsthöheren Instanz beurteilen zu lassen, z.B. Berufung, Nichtigkeitsbeschwerde, Revision.

Fachgerichte: Spezialisierte Gerichte für bestimmte Rechtsgebiete, wie Arbeits-, Handels-, Miet- oder Jugendgerichte.

Gerichtsarten

- **Strafgericht:** Es beurteilt Verstöße von Privatpersonen gegen vom Staat auf gestellte gesetzliche Bestimmungen des Strafrechts (z.B. Strafgesetzbuch).
- **Zivilgericht:** Es beurteilt Streitigkeiten um Rechte und Pflichten zwischen Privatpersonen aus dem Bereich des Privatrechts (z.B. Obligationenrecht, Zivilgesetzbuch).
- **Verwaltungsgericht:** Es beurteilt Fälle, wenn eine Privatperson sich von einer staatlichen Behörde in rechtswidriger Weise behandelt fühlt (z.B. Steuergesetz).

Prozessarten

- **Strafprozess, Staat gegen Privatperson**

Gesetzbuch → z.B.: Strafgesetzbuch (StGB)

Entscheidung → Schuld, Unschuld

Beispiele → Diebstahl, Mord

Ablauf:

1. Untersuchung durch Polizei / Untersuchungsbehörde
2. Gerichtsverhandlung
3. Urteil

- **Zivilprozess, Privatperson gegen Privatperson**

Gesetzbuch → z.B.: Zivilgesetzbuch (ZGB)

Entscheidung → Recht / Unrecht

Beispiele → Ehescheidung

Ablauf:

1. Klageschrift der Klägerpartei
2. Gerichtsverhandlung
3. Urteil

- Verwaltungsprozess, Privatperson gegen Staat

Gesetzbuch → z.B.: Steuergesetz

Entscheidung → Missachtung von Gesetzen durch Behörden

Beispiele → Falscher Steuerentscheid der Steuerbehörde

Ablauf:

1. Gesuch
2. Abklärung der Rechtslage
3. Stellungnahme
4. Entscheid

Gesetzgebung:

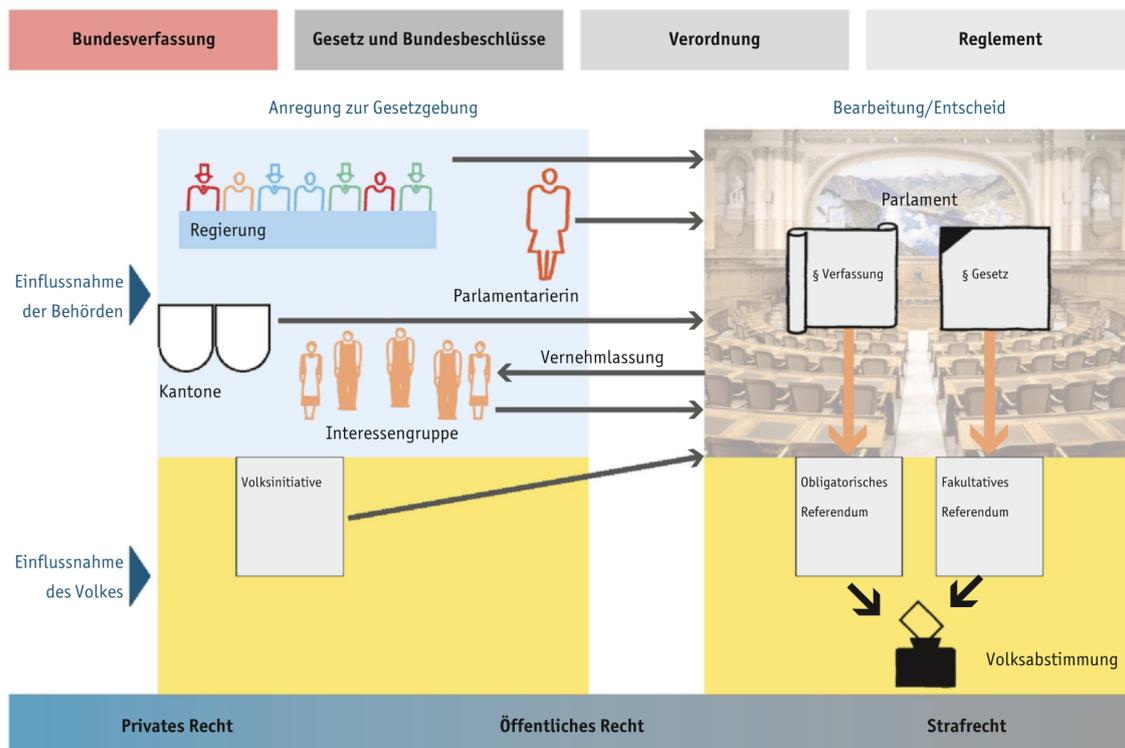


Abbildung 3.3: Übersicht: Gesetzgebung

Gesetzgebung - Recht und Gesetz:

Gesetze:

- OR: Obligationenrecht
- ZGB: Zivilgesetzbuch
- StGB: Strafgesetzbuch
- SchKG: Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz

Wichtige Rechtskategorien:

- Privates Recht
Es regelt die Beziehungen der (privaten) Personen untereinander. Beispiel:
 - Eherecht (ZGB)
 - Kaufvertrag (OR)
 - Mietvertrag
- Öffentliches Recht
Es ordnet das öffentliche Leben. Es regelt die Beziehungen zwischen:
 - Bund, Kantonen und Gemeinden (Staatsrecht)
 - dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern (Verwaltungsrecht)
 - der Schweiz und dem Ausland (Staatsverträge)
- Strafrecht
Es ahndet Verstösse, die der Staat zum Schutz des Menschen und des öffentlichen Lebens aufgestellt hat, z.B. zum Schutz...
 - von Leib und Leben
 - des Vermögens
 - der Freiheit
 - der Sittlichkeit
 - des öffentlichen Lebens
 - des Staates

Wichtige Begriffe

Norm: Allgemein anerkannte Regel oder Richtschnur für das gesellschaftliche Leben, meist in Form sittlicher oder rechtlicher Gebote oder Verbote.

Willkür: Gewaltanwendung ohne rechtliche Grundlage.

Befugnis: Berechtigung

Bundesbeschluss (BB): Erlass oder Weisung des Parlamentes, der / die kein Recht setzt, aber dem Referendum untersteht, z.B. Genehmigung von Staatsverträgen (Beitritt der Schweiz zur EU). Ausnahme: Der einfache BB untersteht nicht dem Referendum, z.B. Staatsbudget erstellen.

Dispositives (ergänzendes) Recht: Die Rechtsvorschrift gilt, soweit die Beteiligten nichts anderes verabredet haben, z.B. längere Ferienzeiten im Arbeitsvertrag.

Zwingendes Recht: Die Rechtsvorschriften dürfen nicht abgeändert und müssen ohne Ausnahme eingehalten werden, z.B. Stoppsignal im Strassenverkehr.

Gesetzgebung - Abstufung der Rechtserlasse:

Verfassung:

Oberstes Gesetz eines Staates, das alle anderen Rechtsvorschriften und Gesetze als Grundlage dient. Kantonsverfassungen dürfen der Bundesverfassung nicht widersprechen.

Gesetze und Bundesbeschlüsse:

Gesetze benötigen einen Verfassungsartikel als Grundlage und gelten allgemein. Bundesgesetze werden von National- und Ständerat erlassen, Kantonsgesetze vom Kantonsparlament. Änderungen unterliegen dem fakultativen Referendum. Auf Gemeindeebene gibt es Reglemente, die spezifische Bereiche regeln, wie Kehrrecht- oder Baureglemente.

National- und Ständerat erlassen:

- unterstehen dem Referendum:
 - Bundesgesetze (sie sind unbefristet gültig)
 - dringliche Bundesgesetze (sie sind nur befristet gültig)
- unterstehen nicht dem Referendum:
 - Bundesbeschlüsse (BB)
 - Einfache Bundesbeschlüsse
 - Verordnungen (Ausnahmefall)

Verordnung:

Enthält Ausführungsbestimmungen zu Gesetzen, wird von der Exekutive erlassen und unterliegt nicht dem Referendum.

Gesetzgebung - Gesetzgebungsverfahren beim Bund:

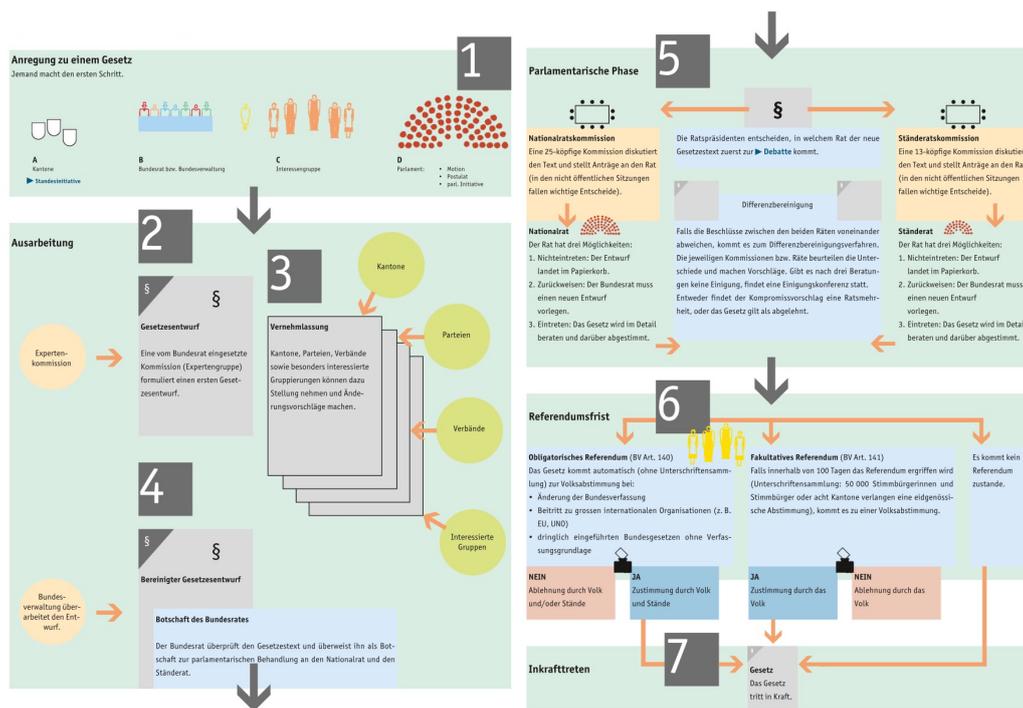


Abbildung 3.4: Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens

Wichtige Begriffe

- Standesinitiative:** Vorschlag eines Kantonsparlaments zur Änderung eines Bundesverfassungsartikels oder eines Bundesgesetzes.
- Debatte:** Erörterung, Diskussion
- Referendum:** Ein Volksrecht in der Schweiz. Volksabstimmung über einen Beschluss des Parlaments.

Gesetzgebung - Das Referendum (lat.: Volksentscheid):

Obligatorisches Referendum, Verfassungsreferendum:

Wichtige Beschlüsse der Bundesversammlung müssen in jedem Fall den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Abstimmung unterbreitet werden, und zwar automatisch bei:

- allen Verfassungsänderungen
- allen Bundesbeschlüssen (BB) ohne Verfassungsgrundlage
- einem Beitritt der Schweiz zu Organisationen für kollektive Sicherheit (z. B. Nato) oder zu supranationalen Organisationen (z.B. EU)

Zur Annahme des obligatorischen Referendums braucht es das doppelte Mehr.

Fakultatives Referendum, Gesetzesreferendum \approx „Bremse“:

Beschlüsse der Bundesversammlung müssen den Stimmbürgern zur Abstimmung unterbreitet werden, wenn:

- 50 000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger oder 8 Kantone dies
- innert 100 Tagen nach der Verabschiedung durch das Parlament mit ihrer Unterschrift verlangen.

Das Referendum kann vom Volk ergriffen werden:

- gegen neue Bundesgesetze
- gegen Bundesbeschlüsse
- gegen völkerrechtliche Verträge (z.B. Beitritt zu internationalen Organisationen)

Kommt das (fakultative) Referendum zustande, entscheidet das Stimmvolk definitiv an der Urne, wobei das Volksmehr genügt.

Bedeutung und Wirkung des Referendums:

Das Referendum stärkt die Mitbestimmung des Volkes und beeinflusst Entscheidungen von Regierung und Parlament, oft schon durch die Drohung seiner Anwendung.

Referenden auf Kantonsebene: In den Kantonen gibt es zusätzlich zu Verfassungs- und Gesetzesreferenden auch Finanz- und Verwaltungsreferenden.

Gesetzgebung - Die Volksinitiative \approx Gaspedal:

Eine gültige Volksinitiative auf Bundesebene bedingt:

- 100 000 Unterschriften
- innerhalb von 18 Monaten

Die Initiative. . .

- muss der Einheit der Form und der Einheit der Materie genügen, d.h. die Initiative darf nur ein Ziel anstreben.
- darf die Bestimmungen des Völkerrechts nicht verletzen.
- muss mit einer Rückzugsklausel versehen werden.
- wird, wenn sie zustande kommt, in jedem Fall dem Stimmvolk unterbreitet.

Ablauf, vom Entwurf zur Verfassungsänderung:

1. Die Unterschriftenbogen werden von der Bundeskanzlei auf ihre Gültigkeit überprüft.
2. Bundesrat und Parlament empfehlen Annahme oder Ablehnung oder erarbeiten einen Gegenvorschlag (sie dürfen am Initiativtext nichts ändern!).
3. Obligatorische Volksabstimmung: Zur Annahme braucht es das Volksmehr und das Ständemehr (Mehrheit der Kantone).

Ablauf, von der Komiteebildung zur finalen Umsetzung der Initiative:

1. Bildung Initiativkomitee
↓ rund 4 Monate
2. Start Unterschriftensammlung
↓ 18 Monate
3. Einreichung Unterschriften
↓ 12 / 18 Monate
4. Initiative gelangt zum Bundesrat
↓ 12 / 18 Monate
5. Initiative gelangt ins Parlament
↓
6. Beschluss Parlament
↓
7. Bundesrat legt Abstimmungsthemen fest
↓ 12 / 18 Monate
8. Volksabstimmung
↓ sofort
9. Inkrafttreten Initiative
↓ Dauer ist abhängig von der Art der Initiative
10. Umsetzung Initiative

Initiativen auf Kantonsebene:

Auf Kantonsebene gibt es neben der Verfassungs- auch die Gesetzesinitiative, mit der Gesetze geändert, gestrichen oder neu verfasst werden können.

Wichtige Begriffe

supranational: überstaatlich, mehrere Staaten betreffend
Opposition: Widerspruch, Widerstand

4 Langes 19. Jhd. / Russische Revolution I (12.02.2025)

Prüfungstoff: 71-77

+ Notizen und Material Ordner „Russische_Revolution_UdSSR“

Notiz: Langes 19. Jahrhundert

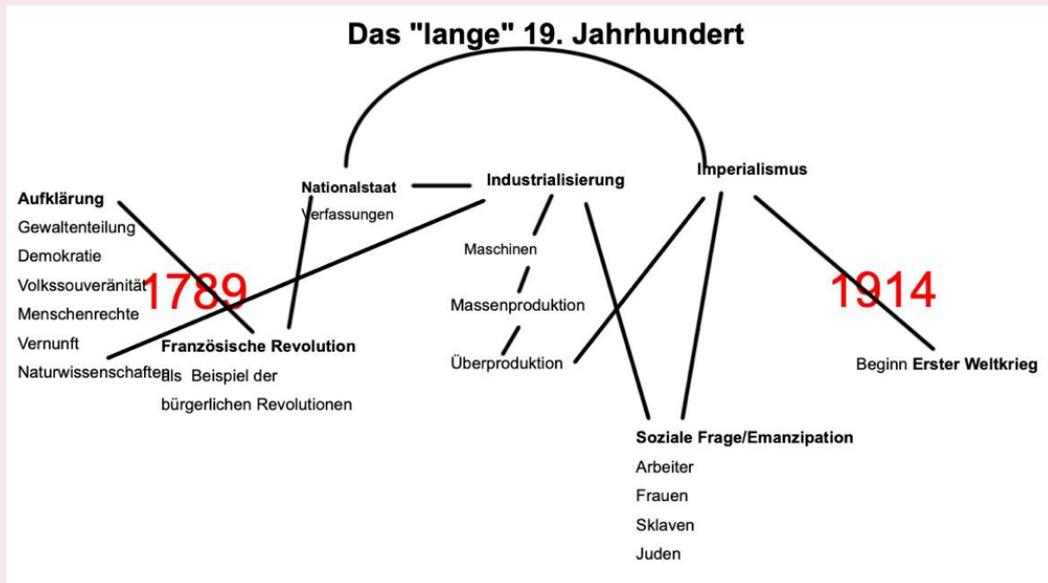


Abbildung 4.1: Übersicht: Langes 19. Jahrhundert

1. Aufklärung → Französische Revolution
 Die Aufklärung brachte Ideen wie Demokratie, Menschenrechte und die Gewaltenteilung. Diese führten direkt zur Französischen Revolution (1789), die als Symbol für bürgerliche Freiheiten steht.
2. Französische Revolution → Nationalstaat
 Nach der Revolution wurde die Idee verbreitet, dass ein Volk sich selbst regieren kann. Dies ebnete den Weg für die Entstehung von Nationalstaaten mit eigenen Verfassungen.
3. Nationalstaat → Industrialisierung
 Die neuen Nationalstaaten förderten die Wirtschaft, wodurch die Industrialisierung mit Maschinen und Massenproduktion an Fahrt gewann.
4. Industrialisierung → Soziale Frage
 Die Industrialisierung brachte große soziale Probleme: Arbeiter litten unter schlechten Bedingungen, Frauen und andere Gruppen forderten mehr Rechte.
5. Soziale Frage → Imperialismus
 Um Überproduktion loszuwerden und neue Märkte zu erobern, betrieben die Nationalstaaten Imperialismus.
6. Imperialismus → Erster Weltkrieg
 Der Wettstreit um Kolonien und Macht führte schließlich zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1914).

Europa und Russland um 1850

Frankreich, Preussen, England

Bewegungen mit dem Ziel, die Macht der Monarchien zu schmälern (Revolution / Reform)

Aufkommen von Volksvertretung (Parlamenten) bzw. Ausbau ihres Einflusses

Selbstbewusstes, auf mehr Selbstständigkeit drängendes Bürgertum

Trennung von Staat und Kirche

Russland

Unumschränkte Selbstherrschaft (Autokratie) des Zaren

Zar Alexander II 1902:

„Russland ist ein Landbesitz, dessen Eigentümer der Zar, dessen Verwalter der Adel und dessen Arbeiter der Bauer ist.“

Kein standesbewusstes Bürgertum

Orthodoxe Kirche im Dienste des Staates (Gottesgnadentum des Zaren)

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Sozialismus und Kommunismus:

- Sozialismus & Kommunismus = Gegenströmung zum Kapitalismus / nach Marx: Sozialismus = Vorstufe zum Kommunismus
- mit Kommunismus neue Gesellschaft errichten

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Das zaristische Russland:

- feudalistische Gesellschaftsordnung
- schlechte Lebensbedingungen / politische Situation
- In der Hauptstadt entsteht neue Oberschicht, aber auf dem Land bleibt alles gleich.
- Industrialisierung tritt verspätet ein
- Krimkrieg:
 - Russland gegen das Osmanische Reich und deren Verbündete (Frankreich / Grossbritannien)
 - Russland hat verloren, weil rückständig und unterlegen gegenüber den westlichen Gegnern
 - Daraufhin: Reformen vom Zaren (1861), wie Bauernbefreiung etc., aber es änderte sich nicht viel

Aufgaben: Auswirkung der Bauernbefreiung auf...* ... **die Bauern**

Befreiung ist halbherzige Massnahme: Bauern bleiben arm, traditionell + Bevölkerungszunahme

* ... **den Adel**

Adel kann nur kurzfristig profitieren, Abstieg, verschwenderischer Lebensstil, wenige können „kapitalistisch“ produzieren und steigen auf

* ... **die Unternehmer**

Unternehmer können profitieren, aber gegen Ende sind sie für mehr Rechte der Arbeiter, da Unruhepotenzial. Die Regierung unterstützt diese reformerischen Unternehmer nicht, schürt auch hier Widerstand

* ... **die Arbeiter**

Arbeiter (= ehem. Bauern oder beides gleichzeitig) verarmen, entwickeln revolutionäre Ideen, verlassen sich auf „Gebilde“

- Daraufhin: verschiedene Strömungen aufgrund russischer Reform- und Revolutionsbewegungen.
- Wladimir Iljitsch Lenin, Gründer des „Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse“
- 1898, Gründung der RSDAP mit den Fraktionen Bolschewiki und Menschewiki

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Die Revolution 1905:

- Probleme mit anderen Staaten (wie z.B.: Japan) aufgrund Expansionspolitik
- Wirtschaftskrise 1905:
 - friedliche Massendemonstration
 - daraufhin: Petersburger Blutsonntag
 - viele Aufstände / Streiks / Meutereien etc.
 - daraufhin: bürgerliche Freiheitsrechte / nationales Parlament Duma (stark eingeschränkt und Mehrheit besteht aus adligen Grundbesitzer)
- Folgen der Revolution: keine wirklichen Reformen

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Die Februarrevolution 1917:

- Unruhe während / aufgrund des Ersten Weltkrieges
 - Transport- und Versorgungsprobleme (ständig verschlechternd)
 - Inflation
 - Armut
 - Niederlagen der Armee
- Umsturzpotenzial erhöht
- entlud sich im Februar 1917: Februarrevolution
 - Massenproteste / Streiks
 - Entstehung der Sowjets (Arbeiter- / Soldatenräte)
 - Rücktritt / Abdankung / Mord des Zaren (Zar Nikolaus II.)
 - Armee schloss sich dem Volk an
 - Entstehung einer provisorischen Regierung (ihr „Konkurrent“: Petrograder Sowjet / Sowjet in St. Petersburg)
- Menschewiki: parlamentarisch-demokratischer Weg
Bolschewiki: Sowjets sind besser, um ihre revolutionären Ideen umzusetzen.

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Exkurs Räterepublik:

- Ein Räterepublik ist ein politisches System, bei dem die Herrschaft über direkt von gesellschaftlichen Gruppen gewählte Räte ausgeübt wird.
- Solche Beispiele gab es auch anderswo: Pariser Kommune 1871, Bayerische Räterepublik 1919

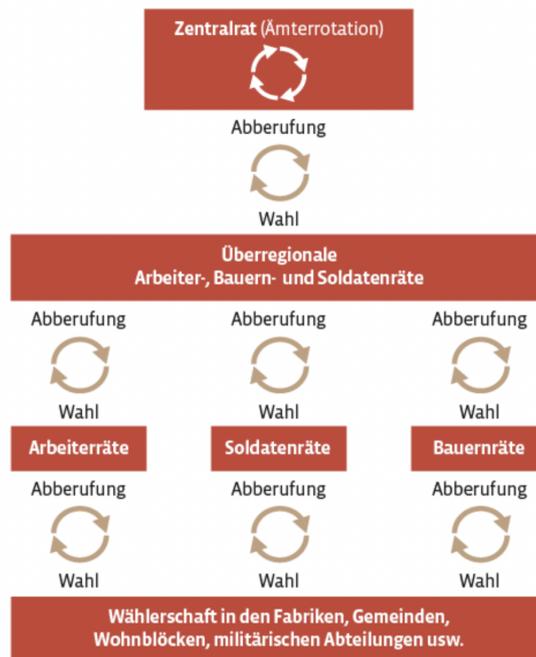


Abbildung 4.2: Idealtypische Funktionsweise einer Räterepublik

Merkmale der Räterepublik

- direkt von gesellschaftlichen Gruppen gewählte Räte
- durch Direktwahl aller Amtsträger ⇒ Möglichkeit der Abwahl (immer)
- Prinzip Ämterrotation ⇒ Verhinderung von Machtmissbrauch
- Räte sind zwingend an die Weisungen ihrer Wähler/innen gebunden und können (immer) abberufen werden ⇒ Rechenschaftspflicht
- keine Gewaltenteilung
 - weil Räterepublik mit der Vorstellung: bessere, neue Menschen, die verschiedene Funktionen wahrnehmen können und nicht nach persönlicher Macht streben
 - unterstützt durch Aussagen wie: Abberufung / Abwahl (von allen) (immer)

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Phase der Doppelherrschaft:

- Rückkehr Lenins
- Bekanntgebung seines politischen Programmes (Aprilthesen)
 - Hauptaussage: Krieg beenden u. Grossgrundbesitzer enteignen
- Slogan: Frieden, Land und Brot
- neue, schlechte Kriegsoffensive im Juni
- Armee löst sich auf / Regierung gerät unter Druck / Volk ist kriegsmüde

Die Russischen Revolutionen 1905 und 1917 - Die Oktoberrevolution 1917:

- Nach Marx' Theorien: Revolution müsste von hochindustrialisiertem Land ausgehen, aber Russland war eher agrarisch.
- trotz (wenig Hoffnung): Weltrevolution von Russland ausgehend

Weltrevolution

Lenin strebt eine sozialistische Weltrevolution, die folgende Etappen brauchen: Klassenkämpfe (Proletariat & Bourgeoisie), Agrarreform in Russland, (Errichtung) Revolutionäre Organisationen, internationale Revolution

- Lenin und Trotzki setzten sich durch
- Oktoberrevolution 1917
 - u.a. Winterpalais (in St. Petersburg, Sitz der provisorischen Regierung) besetzt von Bolschewiki / Armee
 - Verhaftung Kerenski
 - Ende der Doppelherrschaft
- daraufhin: erste Sowjetregierung (Rat der Volkskommissare) bestehend aus den Bolschewiki und linken Sozialrevolutionäre
- Forderung: Frieden, Verteilung des Grundbesitzes, Mitbestimmung

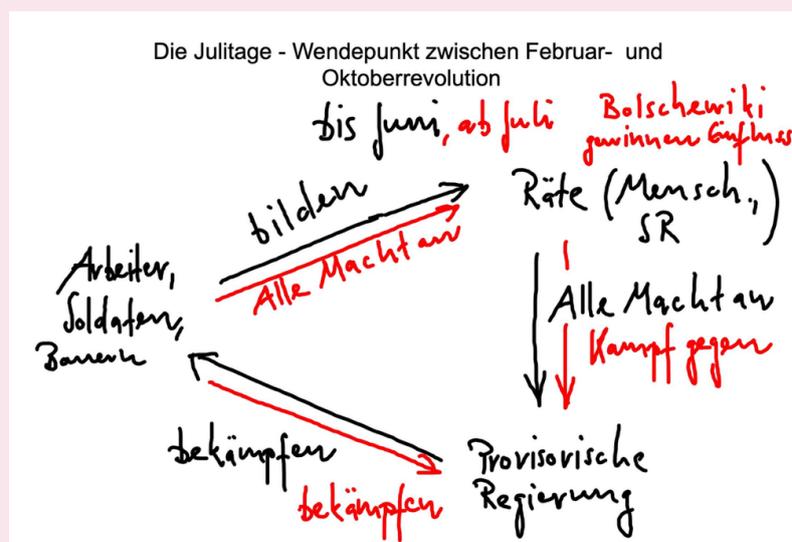
Die Julitage (Übersicht)

Abbildung 4.3: Die Julitage: Wendepunkt zwischen Februar- und Oktoberrevolution

Die Ereignisse 1905 und 1917 (Gemeinsamkeiten)

- Massenproteste / Streiks
- Forderungen (Demokratie, bessere Lebensbedingungen, weil Krieg gerade verloren, Gleichheit)
 - 1905: Russisch-japanischer Krieg
 - 1917: Erster Weltkrieg
- Zar will den Aufstand blutig niederschlagen
- Räte werden gebildet

Die Ereignisse 1905 und 1917 (Parallelen)

1905 = Revolutionsversuch

1917 = Revolution gelangt

Blutsonntag

Zar tritt zurück / dankt ab

Soldaten schießen auf Protestanten

Soldaten schliessen sich den Protestanten

Zar nach Hilfe bitten

Zar soll abdanken

Die Gründung der Sowjetunion - Machtsicherung der Bolschewiki:

- Ausgangssituation: Bolschewiki in der Mehrheit der Sowjeträte
- Juli 1918:
 - Verfassung in Kraft gesetzt
 - Macht (theoretisch) bei den Räten, aber (faktisch) bei der Regierung

Machtverteilung zwischen Sowjets und der Regierung

Die Petrograder Sowjets entschieden sich, die Provisorische Regierung zu kontrollieren, anstatt selbst die Macht zu übernehmen, da sie glaubten, dass Russland zuerst eine bürgerliche Phase durchlaufen müsse, bevor sozialistische Ideen verwirklicht werden könnten ⇒ Doppelherrschaft, welche Spannungen erzeugte ⇒ Oktoberrevolution.

- neue Hauptstadt: Moskau
- Erhaltung der Macht der Bolschewiki durch die Armee

Die Gründung der Sowjetunion - Aufbruchstimmung:

- Viele Neuerungen unter der Regierung Lenins
 - Veränderungen in Staat, Wirtschaft, Gesellschaft
 - Einführung des gregorianischen, westlichen Kalenders
 - moderner, industrialisierter Staat
 - Schulbildung / Alphabetisierung
 - Elektrizität

Erste Erlasse der Revolutionsregierung

- Dekret über den Frieden
- Dekret über Grund und Boden
- Auflösung der konstituierenden Versammlung
- Arbeiterkontrolle in den Betrieben

- Abschaffung der Kirche / Verfolgung von Priestern / Verbot von Religionsunterricht
- Konzept „neuer Mensch“:
 - Dieser sollte gleichberechtigt, gebildet und gesund sein und dem Staat als vorbildliche Arbeitskraft und als Kämpfer für die Sache des Proletariats dienen.
- Staat übernimmt die Erziehung der Kinder
- Begeisterung für Kunst steigt

Die Gründung der Sowjetunion - Der Bürgerkrieg:

- Erster Weltkrieg fertig & Friedensvertrag von Brest-Litowsk
- Bürgerkrieg innerhalb Russlands nach Austritt aus Erstem Weltkrieg
- Entente-Mächte köpft mit den Weissen, weil Russland ansonsten könnten sie eine Gefahr sein.
- Krieg von den Bolschewiki gewonnen (1922):
 - 10 Millionen Menschen tot
 - Epidemien
 - Hungersnöte
 - 3 Millionen Adlige / Angehörige verlassen das Land

Warum haben die Weissen gewonnen?

Definition:

Weiss = antibolschewistische Russen; Zaristen (alte Ordnung wiederherstellen), Bürgertum, Entente-Mächte; weil sie die Ostfront stabilisieren und Revolutionswellen verhindern möchten.

Rot = Sozialismus, Kommunismus; (Bolschewiki) / Arbeiterklasse / Proletariat

Argumente:

1. Weisse sind politisch divers / keine Einheit bilden
2. Rote sehen ihr Ziel (internationale Weltrevolution) im Sieg
3. mangelnde Unterstützung durch ausländische Mächte / keine Leidenschaft vgl. erster Punkt
4. Rote besser organisiert als Weisse (vgl. Trotzki mit seinem militärischen Geschick bei den Roten)
5. Geographische Vorteile der Roten Armee, Ausländer kennen sich nicht aus
6. Belohnungssystem für die Roten Soldaten

- Bolschewiki ergriff Zwangsmassnahmen ⇒ Kriegskommunismus:
 - sozialistische, vom Staat gelenkte Wirtschaft
 - keine Mieten mehr
 - Betriebe und Banken werden verstaatlicht
 - Erträge über Eigenbedarf beim Staat abdrücken
- daraufhin: Landwirte produzierten nur das, was für sie nötig ist
- daraufhin: mit Waffengewalt wurde auch Lebensnotwendiges genommen
- daraufhin: Bauernunruhen, Streiks, drastische Produktionsrückgang
- Wirtschaft ist ruiniert

5 Russische Revolution II Stalin, USA (02.04.2025)

Prüfungstoff: 78 - 83, 88 - 95, 177 - 179 (ohne: Der Überfall auf die Sowjetunion)

+ Notizen und Material: „Stalin1“, „Stalin2“, alle Dokumente im Ordner USA

Die Gründung der Sowjetunion - Neue ökonomische Politik:

- Änderung der Wirtschaftspolitik durch Bolschewiki (im Rahmen der NEP / „Neue ökonomische Politik“)
- Massnahmen der NEP:
 - Einfluss der Arbeiterschaft in der Betriebsleitung eingeschränkt
 - privatwirtschaftliche Arbeitsweisen in der Landwirtschaft u. Kleingewerbe erlaubt
 - verstaatlichte Kleinbetriebe wurden an Besitzern zurückgegeben
 - (Grossindustrie, Banken und Verkehr bleiben staatlich)
- Landwirtschaft und Industrie erholte sich
- NEP der Bolschewiki ist umstritten, weil Nebeneinander von privater Landwirtschaft und verstaatlichter Industrie
 - Rechte Parteiflügel inkl. Nikolai Bucharin: (mit einer besseren Idee) stärkere Kompromisse mit der Dorfbevölkerung, um Gewinne aus der Landwirtschaft für den Aufbau der Industrie zu garantieren.
 - Linke Parteiflügel inkl. Trotzki: Sie befürchten, dass der privatwirtschaftlicher Teil gegenüber dem staatlichen Überhand nehmen würde.

Die Gründung der Sowjetunion - Die Gründung der Sowjetunion:

- Staaten vom russischen Staatsverbund, die durch den Bürgerkrieg unabhängig wurden (Weissrussland, Ukraine, Georgien, Armenien, Aserbaidschan), verloren sie mit dem Sieg der Roten Armee
- nach dem Sieg wurden sie Teil der 1922 gegründeten UdSSR (Union der sozialistischen Sowjetrepubliken)
- Sowjetunion $\hat{=}$ Föderation mit 15 sozialistischen Sowjetrepubliken, deren Entscheidungen zentral in Moskau (neue Hauptstadt) durch das Zentralkomitee der KPdSU (Kommunistische Partei der Sowjetunion)
- Als nächstes: Weltrevolution mit dem Ziel den Bolschewismus auf der ganzen Welt auszubreiten und die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder zu koordinieren
- weltweite, kommunistische Parteien verloren ihre Eigenständigkeit / müssen den Befehlen der Sowjetunion unterordnen
- kommunistische Parteien (die den revolutionären Weg gehen) trennten sich von (bspw.) den sozialdemokratischen Parteien (die den demokratischen Weg gehen)
- Sowjetunion ist ein einziger kommunistischer, isolierter Staat (ausserpolitisch gesehen)
- westliche Staaten verärgert, weil Annullierung der russischen Staatsanleihen
- Beziehungen bleiben angespannt, ausser mit Deutschland, da sie nach dem Ersten Weltkrieg auch isoliert sind

Die Sowjetunion unter Stalin - Errichtung einer totalitären Diktatur:

- Lenin stirbt 1924 an einer Krankheit
- Nachfolger: Trotzki oder Stalin? Stalin konnte sich durchsetzen
- Stalin wurde 1927 zum Alleinherrscher der Sowjetunion, welches einer totalitären Diktatur mutierte
- kulturelle Vielfalt ok, ausser Religion, die bekämpft wurde (sowie auch politische Bewegungen, die sich gegen den Zentralismus Moskaus wandte)
- Stalin stammt aus Georgien lol ka eif so random Nebasatz im Buch
- Russifizierung (in der Schule: russische Sprache, kyrillischem Alphabet + nomadische Bevölkerung wurden zur Sesshaftigkeit gezwungen) der UdSSR in den 30er Jahren
- russische Elite in Minderheitengebiete versetzt, um den Sozialismus im ganzen Staat zu verankern
⇒ unangefochtene Machtstellung und diktatorische Terrorherrschaft
- Fortschritte unter Stalin: beispiellose, rücksichtslose Modernisierung der Industrie + Übergang: Agrar- zu Industriestaat

Die Sowjetunion unter Stalin - Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und Holodomor:

- Verfeindung: Wohlhabende Bauern (abwertend: „Kulaken“) wurden zu Klassenfeinde (Feindbilder).
- Verstaatlichung: Grosse / mittelgrosse Betriebe wurde aufgelöst und zu „Sowchosen“ (staatliche Grossbetrieben) zusammengelegt.
- Vereinigungen: Die verbliebenen Betriebe mussten sich zu genossenschaftlich organisierten Kolchosen zusammenschliessen (Bekämpfung des Kapitalismus und Aufbau einer modernen Landwirtschaft)
- Verfolgungen: Bauern, die sich dazu weigern, wurde verfolgt und verhaftet und mussten mit Zwangsarbeit rechnen.
- ...weil Getreide mit Gewalt beschlagnahmt wurde und mit deren Erlös die Industrialisierung finanziert wurde, führte dies zum Holodomor (ukrainisch: Tötung durch Hunger)
- am meisten Hungersnot in Ukraine, weil sie die Kornkammer der Sowjetunion ist; min. 3 Mio. Menschen tot
- die Taten in Ukraine wurden verschwiegen, Völkermord?

Notizen: Getreidefrage & Zwangskollektivierung

Getreide → Export → Erlös / Einnahmen werden investiert → Kapital → Maschinen → Industrialisierung / Modernisierung ⇒ Modernisierungsdiktatur

Durch Zwangskollektivierung braucht man weniger Arbeiter („überflüssige Menschen“) ergo Stalin lässt Kleinbauern systematisch vom Hungertod sterben (v.a. Ukraine), weil man sie nicht einmal in der Industrie braucht.

Die Sowjetunion unter Stalin - Planwirtschaft:

- Planwirtschaft = Wirtschaft wird zentral von der Planungsbehörde gesteuert, gelenkt und verwaltet (Produktion, Verteilung, Preise) nach politischen und wirtschaftlichen Zielvorstellungen
- Ausgangspunkt: Staat kann am besten einschätzen, welche Güter und Dienstleistungen für die Menschen nötig sind

- Wirtschaft kann nach politischen / militärischen Ziele und Visionen gezielt in bestimmte Richtungen entwickelt werden vgl. Stahlproduktion unter Stalin
- langfristige Pläne (z.B.: Fünfjahrespläne, wo aufgeführt wird welche Produkte erzeugt, Lebensmittel angebaut, Dienstleistungen erbracht werden müssen); kurzfristige Änderungen sind schwierig
- Planungswirtschaft gibt es heute noch in Kuba, Nordkorea und teilweise in China; in der Schweiz gab es sie teilweise im Zweiten Weltkrieg

Die Sowjetunion unter Stalin - Wirtschaftliche Modernisierung:

- Schlüsselindustrie: Metallerzeugung, Maschinenbau, Energiegewinnung mit Planungsbehörde und deren Fünfjahrespläne
- Modernisierung (gemessen an der Produktionsmenge) geht nach Probleme doch voran v.a. durch die Gründung von Magnitogorsk (eine Grossstadt mit riesigen Eisen- und Stahlproduktionsstätten)
 - Stahl wird für den Maschinenbau, Rüstungsindustrie, Ausbau der Infrastruktur verwendet
- Ausländische Spezialisten sind auch am Werk: Ingenieurbüro (USA) od. deutsche Architekt Ernst May
- Arbeiter bestanden aus Freiwilligen aus der Sowjetunion und aus dem Ausland, Zwangsarbeiter (u.a. Kulaken)
- Priorität: Aufbau der Infrastruktur und die Stärkung der Armee wichtiger als der Lebensstandard der Einzelperson
- Fachkräftemangel / Karrieremöglichkeiten für Gebildet und Arbeit auf dem Land für Frauen
- staatliche Kinderbetreuung und Schule $\hat{=}$ gab mehr Freiraum zur Berufstätigkeit
- Trotzdem: familiäre Pflichten im Zentrum, Rolle der Mutter, die Nachwuchs für den Sowjetstaat sorgt

Notizen: Steigerung der Produktivität / Produktion

- Ansporn für Erhöhung von Normen: Stachanov-Effekt (Massendisziplinierung) u.a. rote Fahnen
- Komitee, um Waisenkinder in die Kinderarbeit zu drängen: Schulen, pädagogische Einrichtungen
- Subotnik \Rightarrow „Freiwilligenarbeit“ am Samstag (Massendisziplinierung)
- Drill, wenn immer noch nicht gleiche Meinung $\hat{=}$ grosse Säuberung

Die Sowjetunion unter Stalin - Gulag und Schauprozesse:

- Zentrales Herrschaftsprinzip von Stalin: Angst
- Errichtung und Benutzung von Arbeits- / Straflager („Gulag“) für die, die ihm nicht unterwerfen
- ab Mitte 30er Jahre: Terror von Stalin geht in seine eigenen Reihen (Tag 1 Bolschewiken, Trotzki etc. wurden verurteilt und hingerichtet)
- Schuldigsprechungen geschahen öffentlich: Schauprozesse
 - Verurteilung steht vor dem Verfahren schon, es geht nur um Selbstkritik / Geständnisse mit Folter, Haft etc. kombiniert

- Erste Säuberungswelle: prominente Parteimitglieder; (2.) Säuberung: bei unteren Parteimitglieder
- Trotzdem: Personenkult um Stalin als Landesvater
- Stalin regierte bis zum Tod (1953)
- Fazit:
 - rücksichtsloses und brutales System
 - Aber: Sowjetunion (unter seiner Herrschaft) führte zur entscheidenden Niederlage von Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg
 - Aber: Sowjetunion (unter seiner Herrschaft) wurde industrialisiert zur Weltmacht

Aufgaben: Säuberungen und Schauprozesse

1. Welche Anschuldigungen werden gegen die Angeklagten erhoben?
 - Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten
 - Spionage, Sabotage, Verrat
 - Vorbereitung der Ermordung Stalins
 - Zersetzung des Staates und der Roten Armee
 - Unterstützung eines ausländischen Intervention
 - Verschwörung zur Zerstörung der Sowjetunion
2. Weshalb werden sogar mehr „einfache Menschen“ Opfer der Säuberungen?
 - Ziel war nicht nur politische Gegner, sondern die gesamte Gesellschaft
 - Jeder Bezirk hatte Vorgaben, eine bestimmte Anzahl von „Volksfeinden“ zu finden
 - Angst und Druck führten zu Denunziationen und wahllosen Verhaftungen
 - Terror sollte breite Unterstützung für das Regime sichern
3. Weshalb werden solche brutale Verhörmethoden angewendet?
 - Ziel: Erzwingen von Geständnissen und totale Kontrolle
 - „Konveyer“-Methode (endlose Verhöre) führte zur physischen und psychischen Erschöpfung
 - Häftlinge brachen spätestens nach Tagen ohne Schlaf und Nahrung zusammen
 - Folter als sicheres Mittel, um Schuldzuweisungen zu erzwingen

Notizen: Säuberungen (1934 - 1938)

- Modernisierung, aber Fehlentwicklungen
- Zuckerbrot und Peitsche
- Auslöser der Säuberungen: Ermordung von Kirov 1934
- Acht Millionen Opfer: 5% der Bevölkerung
- jeder vierte Offizier im Obersten- oder Generalstabsrang
- schliesslich ganze Bevölkerung im Visier
- Ersetzung durch stalintreue Personen: Techniker, Bürokraten
- gut geschult, zur Unterordnung erzogen.
- Apparatschik (neue privilegierte Oberschicht / Herrschende)

Die Sowjetunion unter Stalin - Fritz Platten:

- Platten unterstützt Lenins Ideen einer Weltrevolution
- Platten befreundet mit Lenin (als er in ZH/CH im Exil lebte)
- Platten organisiert auch die Zugreise
- 1919 wurde er an der Seite von Lenin ins Präsidium der Komintern gewählt
- Kommunistische Partei der Schweiz (gegründet von Platten)
- Auswanderung nach Russland (1923)
- nach Lenins Tod / unter Stalins Herrschaft wurde Platten und seine Frau ermordet

Notizen: Stalinismus (Übersicht)

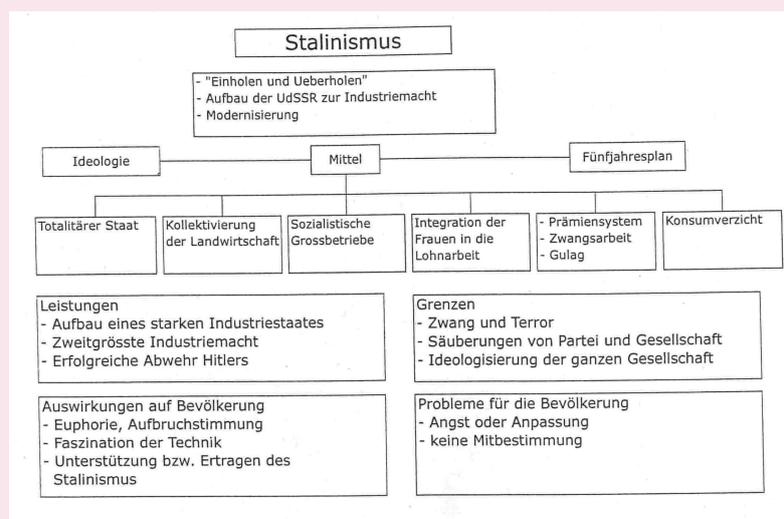


Abbildung 5.1: Übersicht: Stalinismus

Die Jahre nach dem Krieg 1918 - 1928 - Aussenpolitik:

- grosse Einnahmen von USA durch Reparationszahlungen
- USA interessiert an Europas Stabilität für spätere Investitionen
- Meinungsunterschiede bei der Aussenpolitik, aber Volk / Harding setzen sich durch
 - Volk (später Warren G. Harding, rep.): raus aus den europäischen Konflikten / „return to normalcy“
 - Politiker (Woodrow Wilson, dem.): aktive Aussenpolitik

Die Jahre nach dem Krieg 1918 - 1928 - Wirtschaftsaufschwung:

- Anfängliche Schwierigkeiten
 - Arbeitslosenquote; rückkehrende Soldaten
 - Umstellung; Kriegs- zu Konsumgüter
 - liberale Wirtschaftspolitik; wenig Staatseingriffe und Steuersenkungen
- Später: Wirtschaftlich wurden die USA unter Harding zur bedeutendsten Handelsmacht und zum grössten Gläubiger der Welt, und New York entwickelte sich zu einem der wichtigsten Zentren der Banken und Börsen weltweit.
- Boom der Autoindustrie (Massenproduktion mit Unterstützung durch die Politik)

Notizen: Rahmenbedingungen für gebildete Menschen

- Patentrecht
- verschiedene Investoren
- Calvinistische Gedanken
- Freier Markt
- keine Ständegesellschaft und verbreitete kapitalistische Gesellschaft

Notizen: Fortschritt und deren Ideologien

- Wettbewerb als Motor (Liberalismus / Kapitalismus / Individualismus)
- Ungleichheit als Voraussetzung (Sozialdarwinismus)
- Eigentum als Grundlage (Heiligkeit des Eigentums)
- Abkehr vom Kommunismus (Anti-Kommunismus)

Die Jahre nach dem Krieg 1918 - 1928 - Gesellschaftliche Entwicklungen:

- Kulturelle Änderungen / „American Way of Life“ → nationale Identität
 - erster Tonfilm
 - Transatlantikflüge / regelmässiger Interkontinentalflüge
 - Eröffnung der Empire State Building
 - Filmindustrie in Hollywood
 - Musicals / Jazz- und Countrymusik

- USA wurde zur ersten (Massen-)Konsumgesellschaft der Welt (gefördert von der Werbeindustrie)
- Massenproduktion (mithilfe von Fließbandarbeit) von Gegenständen, wie Radio, Kühlschränke, Autos etc.
- ländliche (v.a.: Südstaaten, Mittleren Westen) und städtische Bevölkerung entwickeln sich auseinander
 - konservative Bewegung / gegen die Moderne
- Boom der Ku-Klux-Klan: gegen afroamerikanische, jüdische Bevölkerung, Intellektuelle, Linke, Gegner der Prohibition (Alkoholverbot)

Die Wirtschaftskrise und der New Deal 1929 - 1939 - Der Börsencrash 1929:

- technologischer Fortschritt → wirtschaftlicher Boom → Anleger werden risikobereiter (bspw. Kredite beantragen) → amerikanische Notenbank erhöht Zinsen, um Sparen attraktiver zu machen (anstatt Börsenspekulation) → bisher unbekannter Kurszusammenbruch an den Börsen → viele Anleger verkaufen ihre Aktien → Kurse sinken, Anleger pleite, Kredite nicht bezahlbar etc.
- grosser Teil der Amerikaner verschuldet / Kredite nicht bezahlbar / Banken gingen Konkurs ⇒ Bankenkrise
- Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft, aber durch internationale wirtschaftliche Verflechtung wurde die Krise international
- Gleichzeitig: amerikanischer Farmer verarmen / Agrarpreise fallen etc.
- Konsequenzen:
 - Arbeitslosigkeit in USA steigt
 - Nachfrage nach Massenkonsumgüter sinkt
 - Produktionsrückgänge
 - Entlassungen
 - Obdachlosigkeit in USA steigt

Notizen: Teufelskreis der Depression / WWK

- ↓ Nachfrage sinkt → Weniger Konsum & Investitionen
- ↓ Produktion geht zurück → Unternehmen verkaufen weniger
- ↓ Gewinne sinken → Firmen müssen sparen
- ↓ Löhne & Arbeitsplätze werden gekürzt → Mehr Arbeitslose
- ↓ Kaufkraft nimmt weiter ab → Noch weniger Nachfrage (Deflation / Preise fallen)

Die Wirtschaftskrise und der New Deal 1929 - 1939 - Wahlkampf in der WWK:

- Gefragt: innovative politische Konzepte
- (unter Herbert Hoover, rep.) Staat kauft landwirtschaftliche Produkte, um Preise zu stabilisieren und hebt Zölle / Aussenhandelszölle gehoben
- Versuche aus der Politik scheitern
- (unter Franklin D. Roosevelt, dem.) „New Deal“ (Neuverteilung der Karten) mit tiefgreifenden Wirtschaftsreformen, staatliche Beschäftigungsprogramme, um die Privatwirtschaft anzukurbeln

- antizyklische Wirtschaftspolitik gebraucht ($\hat{=}$) der negativen wirtschaftlichen Entwicklung entgegensteuern und grosse Ausgaben tätigen, auch wenn er sich dafür stark verschulden müsste)

Die Wirtschaftskrise und der New Deal 1929 - 1939 - Keynesianismus:

- Der Staat soll die konjunkturellen Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ausgleichen.
- bei Abschwung; Nachfrage fördern, Schulden machen, Geldmenge erhöhen
- bei Aufschwung; sparen, Geldmenge verkleinern, Nachfrage bremsen
- Keynesianismus im Zweiten Weltkrieg häufig, später nicht mehr

Die Wirtschaftskrise und der New Deal 1929 - 1939 - Die Umsetzung des New Deal:

- Erste Phase
 - Vertrauen in die Banken, welche staatlich stärker kontrolliert und reguliert werden
 - Arbeitsbeschaffungsprogramme für Arbeitslose
 - Staat investiert in Infrastrukturprojekte (Strassen, Gebäude, Nationalparks etc.)
 - Regelungen der Arbeitszeiten und Mindestlöhnen
- Zweite Phase
 - Massnahmen zur Armuts- / Arbeitslosigkeitsbekämpfung $\hat{=}$ mehr soziale Sicherheit
 - Steuerreformen, sozialer Wohnungsbau etc.
 - Übergang von Interventions- und Sozialstaat (zugunsten der Bürger eingreifen und Mass an soziale Sicherheit schaffen)
- Roosevelts Handlungen haben auch psychische Wirkungen → Mut bei den Bürgern
- Krise erholt sich, aber nächste Wirtschaftskrise kommt (Arbeitslosenquote steigt)
- Fazit:
 - politisches System (Freiheit u. Demokratie) nie gefährdet
 - keine faschistischen / kommunistischen Umstürzbewegungen gewannen an Bedeutung
 - Lösung für die wirtschaftlichen u. sozialen Probleme: massvoll und Gemeinwohl fördernd

Notizen: Fazit zum „New Deal“

Die Massnahmen des New Deal im einzelnen

Emergency Banking Relief Act, (9. März 1933)	Neuordnung des Bankwesens: staatlich geforderte Garantie der Bankeinlagen
Economy Act, (20. März)	Verringerung der Staatsausgaben durch Kürzung der Heereseinlagen
Agricultural Adjustment Act (Ma)	Abbau des Produktionsüberhangs in der Landwirtschaft und Hebung der Kaufkraft der Farmer. Stabilisierung der Preise durch Nichtbeharren
National Industrial Recovery Act (NIRA) mit der Behörde der National Recovery Administration (NRA)	Gemeinsame Abreden der Unternehmen über Preise und die Grundregeln des fairen Wettbewerbs; Einschränkung der Mißbräuche wirtschaftlicher Macht
Public Works Administration (PWA)	Finanzierung öffentlicher Arbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit
Unemployment Relief Act mit der Schaffung des Civilian Conservation Corps (CCC)	Arbeitsdienst von Freiwilligen zwischen 18 und 25 Jahren für Arbeiten im Bereich des Naturschutzes
Civil Works Administration	Staatsaufträge zum Bau von Strassen und Flugplätzen
Tennessee Valley Authority (TVA) (Arbeitsbeschaffung und Entwicklungshilfe)	Bau von Stau- und Wasserkraftwerken als Voraussetzung zur Industrialisierung und zur Verbesserung der Landwirtschaft
National Labor Relations Act	Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartner
Social Security Act	Alters- und Arbeitslosenversicherung
Revenue Act	Starke Besteuerung hoher Einkommen, Umverteilung und sozialer Ausgleich

Die Große Depression und ihre Überwindung

New Deal

25.10.1929: „Schwarzer Freitag“:
Zusammenbruch der Aktienkurse an der New Yorker Börse

Ursachen:

- Börsenspekulation
- Überproduktion in Industrie und Landwirtschaft

Folgen:

- Massenentlassungen
- Rückgang der Nachfrage
- Verarmung der Arbeitslosen

Staat greift regulierend ein:
Banken: Neuordnung, staatliche Aufsicht
Landwirtschaft: Grundsicherung
Arbeitslosigkeit:
– Beschäftigungsprogramme für Infrastrukturmaßnahmen (keine Konkurrenz des Staates mit der Privatwirtschaft)
– Arbeitslosenversicherung
Stärkung der Arbeitnehmer:
– Koalitionsfreiheit *geschaffen*
– Kollektivverträge *Verschuldung*

War der New Deal erfolgreich?
politisch: ja, Bevölkerung gewinnt Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik
wirtschaftlich: umstritten, Vollbeschäftigung erst 1941 durch Aufrüstung

Abbildung 5.2: new deal in a nutshell

Textmaterialien - T8, Aus einer Wahlkampfreden von Präsident Herbert Hoover (Republikaner) in New York vom 31. Oktober 1932:

- Liberalismus & Freiheit: Freiheit und gleiche Chancen fördern Fortschritt und Unternehmergeist.
- Staat & Bürokratie: Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft führen zu mehr Kontrolle, weniger Meinungsfreiheit und langfristig zum Verlust der Freiheit.
- Gefahr staatlicher Regulierung: Staatliche Wirtschaftslenkung führt zu Korruption, verringert Eigeninitiative und schadet dem Geist von Freiheit und Fortschritt.
- Wirtschaftliche & politische Freiheit: Beide sind untrennbar; wirtschaftliche Kontrolle gefährdet politische Freiheit.

Textmaterialien - T9, Aus einer Wahlkampfreden von Franklin D. Roosevelt (Demokrat), 23. September 1932:

- Recht auf Lebensunterhalt: Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Sicherheit.
- Eigentumsrechte: Schutz von Ersparnissen und Sicherung gegen Lebensrisiken wie Krankheit oder Alter sind vorrangig.
- Regulierung der Wirtschaft: Einschränkung von Spekulanten und rücksichtslosen Geschäftspraktiken zum Schutz des Gemeinwohls.
- Rolle der Regierung: Staat soll nur eingreifen, wenn Privatinitiative versagt oder wirtschaftliche Akteure gegen das öffentliche Wohl handeln.
- Zusammenarbeit statt Egoismus: Wirtschaft und Industrie sollen kooperieren, um Stabilität und Wohlstand für alle zu gewährleisten.

Der Krieg in Europa 1939 - 1941 - Die USA unterstützten Grossbritannien:

- neutral, aber nicht mehr lange
- „Cash and Carry Act“ erlaubt, dass Grossbritannien amerikanische Waffen gegen Barzahlung kaufen konnte.
- „Lend and Lease Act“ erlaubt, dass Briten auch gegen Kredite US-Waffen kaufen können.
- USA wird zur „Waffenkammer der freien Welt“ (vor offiziellen Eintritt in den Krieg)
- England kann mithilfe USA den Krieg gegen weiterführen
- Pattsituation England: Deutschland konnte England nicht besiegen, England seinerseits war nicht in der Lage, Deutschlands Herrschaft über das europäische Festland zu brechen.

Die Verknüpfung der beiden Kriegsschauplätze 1940 - Japans Expansion nach Südostasien:

- Japan besetzt Südostasien militärisch
- interessiert an Erdöl und weiteren Bodenschätzen
- industrielle Entwicklungen in Japan gesichert
- Japan verbündet sich mit NS-Deutschland und Italien zum Dreimächtepakt
- USA stuft Japan als aggressive Macht ein

Die Verknüpfung der beiden Kriegsschauplätze 1940 - Der Überfall auf Pearl Harbor:

- USA drosselt (Juli 1940) Export von Erdöl, Stahl nach Japan (wirtschaftlicher Teilboykott)

- Später: USA stoppte die Erdölexporte nach Japan
- Japan denkt: „Rücken zur Wand D:“
- Japans Überraschungsangriff (07.12.1941, US-Flottenstützpunkt, Pearl Harbor, Hawaii) gegen die USA, ohne Kriegserklärung
- Coup gelang, viel Zerstörung
- Kriegserklärung von...
 - ... USA an Japan, 8. Dezember
 - ... Deutschland und Italien an USA, 11. Dezember

Aufgaben: Pearl Harbour 1 / 2

1. Erläutere Ziele, Probleme und Strategien des imperialistischen Vorgehens von Japan. Ziele

- Neuordnung Ostasiens
- Besetzung Indonesiens (→ Probleme mit den Niederlanden)
- Annektierung Ostasiens auf Kosten westlicher Kolonialmächte

Strategien

- Hitlers Aufstieg → Zeitfenster für die Eroberung Ostasiatischer Staaten
- Kriegsdrohung an den USA

Probleme

- Konflikte China / Mandschurei
- Sanktionen der USA → Öl
- Unvorteilhafter Friedensvertrag → Scheiternde diplomatische Verhandlungen

2. Erläutere Ziele, Probleme und Strategien des imperialistischen Vorgehens von den USA. Ziele

- keine hegemoniale Ordnung
- Umsetzung der Interessen in Ostasien
- China als langfristiger Handelspartner
- Beibehaltung der „Open Door Policy“

Strategien

- „Open Door Policy“
- Diplomatische Deeskalationsversuche
- Wirtschaftssanktionen gegenüber Japan (Öl)

Probleme

- Aufstieg Hitlers
- Kriegsdrohung Japan
- Hitlers Europa + Japans Ostasiens vs. USA

6 Faschismus, Weimarer Republik (11.06.2025)

Prüfungstoff: 98 - 103, 106 - 118
+ Notizen und Material auf Teams

Italien nach Kriegsende:

- Europa ist links (kommunistische Diktatur; Russland) und rechts (antisozialistische Bewegung; Italien)
- 1922: Faschistenführer Benito Mussolini kommt an die Macht
- Definition: Faschismus ist eine Bewegung bzw. eine Herrschaft, die stark nationalistisch, antiliberal und antisozialistisch ausgerichtet ist und nach dem Führerprinzip organisiert ist.

Notizen: Erweiterte Definition von Faschismus

Faschismus: Fiktion sozialer Harmonie, ökonomische Modernisierung, aggressiver Nationalismus (Imperialismus)
Faschismus ist antidemokratisch, antiliberal, antimarxistisch, antiparlamentarisch, antiklerikal

Italien nach Kriegsende - Enttäuschte Erwartungen:

- nach dem Ersten Weltkrieg, laut Italien, die Erben nicht richtig aufgeteilt: **verstümelter Sieg**
- Italien war nach dem Krieg eine sozial, politisch und wirtschaftlich gesplante Nation mit starkem **Nord-Süd-Gefälle**.
- Politisch gesplattet, Kriegssopfer, Arbeitslosigkeit
- Der Mittelstand war der grosse Verlierer des Ersten Weltkriegs.
- Finanzkrise: instabile Währung, hohe Kriegskosten / Schulden, Inflation

Notizen: Italien nach dem Ersten Weltkrieg

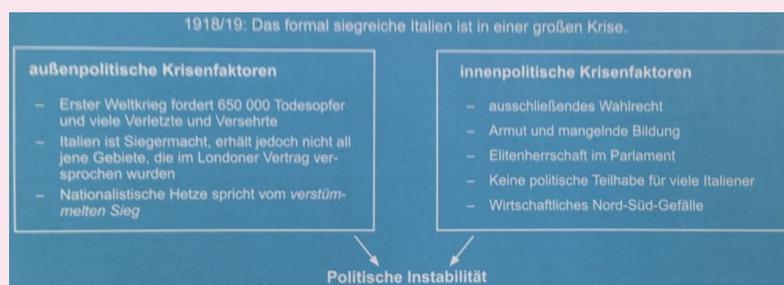


Abbildung 6.1: Italien nach dem Ersten Weltkrieg

Italien nach Kriegsende - Wirtschaftliche und politische Krise:

- Politische Lage: chaotisch, unfähig, enttäuscht
- Status quo: Königreich Italien als parlamentarische Demokratie.
Der König war Staatsoberhaupt und ernannte den Regierungschef, der eine Regierung bilden konnte.
- Verunsicherung im Bürgertum, verstärkt durch Revolutionspropaganda

Italien nach Kriegsende - Aufstieg des Faschismus:

- Benito Mussolinis „Fasci di Combattimento“ wird erfolgreich
- Die wichtigen Essentials von Fasci di Combattimento
 - *fasci*, ein Rutenbündel mit einem Beil in der Mitte (*fasces*):
Diese Rutenbündel waren im antiken römischen Reich ein Machtsymbol der höchsten Amtsinhaber, der Konsuln, Prätores und Diktatoren gewesen.
 - das Tragen schwarzer Hemden
Aus der römischen Geschichte, weshalb deren Mitglieder auch als „Schwarzhemden“ („*camicie nere*“) bezeichnet wurden.
- Parteiprogramm / Forderungen:
 - Einführung des Achtsturentags und von Mindestlöhnen
 - antiliberal, antisozialistisch, antiklerikal
 - Erneuerung / wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit
- Sie setzen stark auf den Mittelstand und die Jugend.
- Mussolinis Strategie: rhetorisch gewandt sein / unterschiedliche Gruppe ansprechen mithilfe eine Doppelstrategie aus Legalität und Gewalt
- Mussolinis Einzug ins Parlament
- Am 9. November 1921 gründete er den „Partito Nazionale Fascista“.

Italien unter Mussolini - Der „Marsch auf Rom“:

- Mussolinis Partei gewann rasch an Einfluss und wird als „gefahrlos“ gesehen
- 1922: Mobilmachung von 40'000 Faschisten nach Rom, aber gestoppt (keine Chance gegen die Soldaten vor Ort)
- Militäreinsatz gegen die Faschisten ist riskant, weil ein Bürgerkrieg ausbrechen könnte
- Mussolini wurde vom König mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt
- Mussolini macht bewusste historisch Verknüpfungen mit dem Antiken Rom

Italien unter Mussolini - Errichtung der faschistischen Diktatur:

- Oktober 1922: Mussolini übernahm die Macht in Italien und baute den Staat rasch zu einer Diktatur um ⇒ Faschisierung
- Mit neuem Wahlgesetz bekam die stärkste Partei ab mindestens 25% Stimmenanteil automatisch zwei Drittel aller Parlamentssitze.
- durch Betrug sicherten die Faschisten ihre Plätze im Parlament
- Wirtschaftszweige in Korporationen unterteilt, die vom Staat kontrolliert werden
- Keine Meinungs- u. Pressefreiheit + Gewalttaten gegen Nichtfaschisten
- 1929: Lateranverträge
Dadurch erhielt der Vatikan die völkerrechtliche Eigenständigkeit zugesprochen, die er nach der Auflösung des Kirchenstaates 1870 an Italien verloren hatte.
- Im Gegenzug: Katholizismus ist italienische Staatsreligion

Italien unter Mussolini - Italienisierung und Antisemitismus:

- alles auf Italienisch, kein Deutsch (davon betroffen: Minderheiten in Norditalien / Tirol)
- aufsteigender Antisemitismus, weil jüdische Netzwerke mache etw.
- ab 1939, immer strengere, antisemitische Rassengesetze
- Als er schliesslich 1943 gestürzt wurde, war der jüdischen Bevölkerung fast nichts mehr gestattet.
- Juden wurden nicht vernichtet (vgl. Hitler), aber sie wurden ausgeschlossen

Italien unter Mussolini - Ziel eines neuen Römischen Reiches und Abessinienfeldzug:

- aussenpolitische Vision eines faschistischen Imperiums (nach Vorbild des Römischen Reiches)
- Kolonialisierung und Kriegserklärung in Afrika / Abessinien (heute: Äthiopien)
- Gewalt gegen afrikanische Demonstrationen
- Völkerbund verurteilt:
Die Aggression wurde zwar verurteilt, aber es wurde nur ein teilweiser Wirtschaftsboykott als Massnahme ergriffen.
Rom distanzierte sich wegen der Massnahmen von Frankreich und Grossbritannien und näherte sich dem nationalsozialistischen Deutschland an.

Unruhige Anfangsjahre:

Notizen: Die 4 Phasen der Weimarer Republik

1. Phase: Revolution und Gründung der Republik 1918 - 1919, Friedensschluss 1919
2. Phase: Krisenjahre des Anfangs 1920 - 1923
3. Phase: Jahre der Scheinstabilität („Goldene Zwanziger“) 1924 - 1929
4. Phase: Wirtschaftskrise und Auflösung der Demokratie 1929 - 1933

- Status quo: Italien - Faschismus, Russland - Kommunismus, aber Deutschland - Demokratische Republik
- Anfangsschwierigkeiten und Stolpersteine von links und rechts
- Die Weimarer Republik ging ca. 15 Jahre lang (bis Anfang 1933 ;)

Unruhige Anfangsjahre - Revolution 1918:

- Volk ist kriegsmüde und will König weg haben
- Räte forderten demokratische Zustände, Wahlen, Meinungs- und Pressefreiheit
- Arbeiterräte sind sozialdemokratisch - radikale Gruppe gibt es auch, z.B.: kommunistische Spartakusbund (geführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg)
- Revolutionäre Umwälzungen / Kollaps eines maroden Systems

Unruhige Anfangsjahre - Ausrufung der Republik:

- 9. November 1918, Kaiser dankt ab
- Regierungsgeschäfte gingen an den Parteiführer der Sozialdemokraten, Friedrich Ebert
- Parteigenosse Philipp Scheidemann ruft Republik aus (Reichstag)

- Karl Liebknecht ruft Republik aus (Berliner Schloss)
- Januar: Volkswahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung
- 1. Januar 1919: Gründung der KPD (Kommunistische Partei Deutschlands, von Liebknecht und Umfeld)
- Regierung um den Sozialdemokraten Ebert schlug diesen Aufstand nieder und griff dazu in Absprache mit der Armeeführung auf die Freikorps zurück.
- Freikorps: paramilitärische Freiwilligenverbände, die vor allem aus ehemaligen Frontsoldaten bestanden und politisch antidemokratisch, nationalkonservativ oder monarchistisch ausgerichtet waren
- Bei Niederschlagung starben Liebknecht und Luxemburg → tiefe Spaltung bei den Linken

Notizen: Übersicht der Ausrufungen der Republik

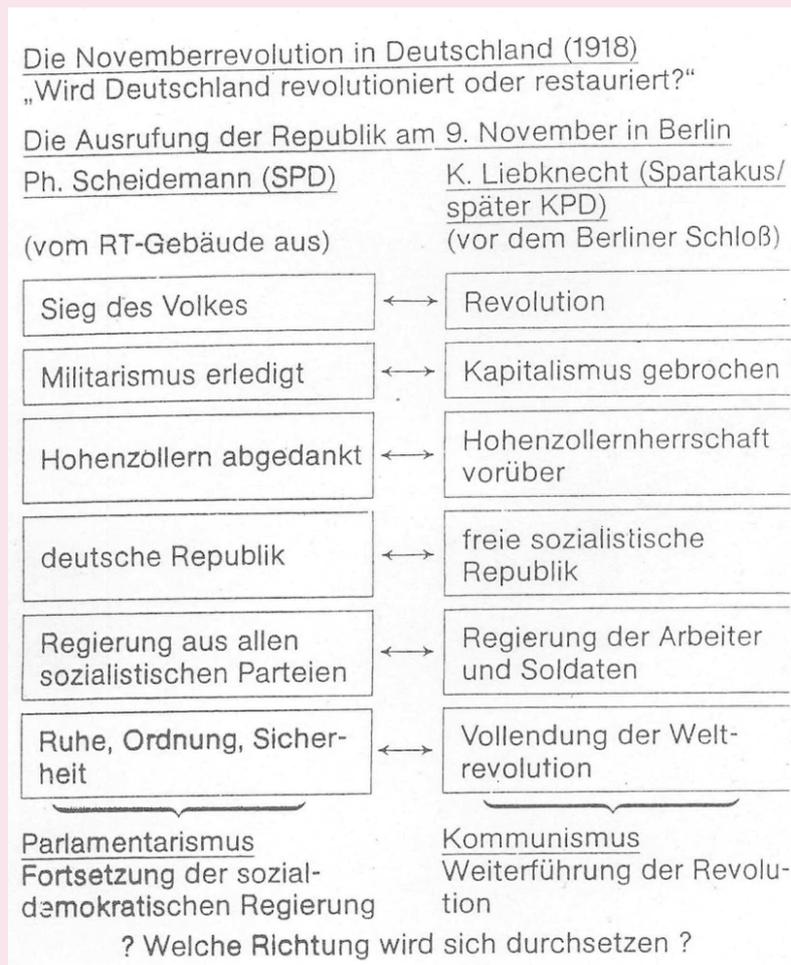


Abbildung 6.2: Übersicht der Ausrufungen der Republik

Notizen: Die „politische Landschaft“ in Deutschland im November 1918



Abbildung 6.3: Die „politische Landschaft“ in Deutschland im November 1918

Bedeutung der Pfeile: 4 links (Minimalprogramm), 1 rechts (Maximalprogramm)

Notizen: Die Legitimation der neuen Regierung

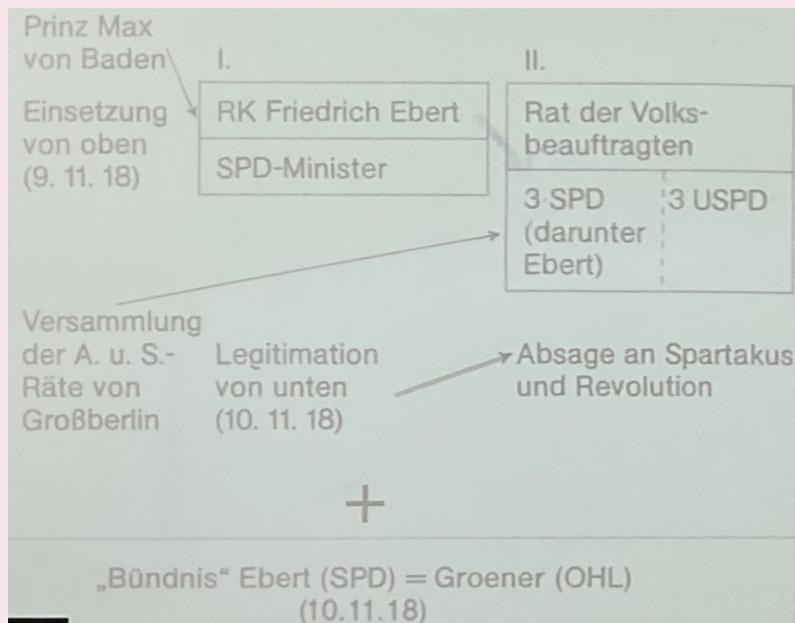


Abbildung 6.4: Die Legitimation der neuen Regierung

Unruhige Anfangsjahre - Die Weimarer Verfassung:

- 19. Januar 1919, Nationalversammlung vom Volk gewählt (sollte neue Verfassung erarbeiten), erste Versammlung in Weimar (weil Berlin zu unsicher)
 - Weimar war die Stadt der klassischen deutschen Dichter Goethe und Schiller und stand für einen Neuanfang, für Humanismus und grundsätzlich für andere Werte als das preussische Berlin, das mit Militarismus und Imperialismus verbunden wurde.

- Entstehung der Koalitionen: SPD, die katholische Zentrumspartei und DDP (die liberale Deutsche Demokratische Partei)
- Friedrich Ebert ist vorläufiger Reichspräsident und Auftrag zur Regierungsbildung geht an Philipp Scheidemann
- Deutschland offiziell parlamentarische Demokratie
- durch neue Verfassung: neue Grund- / Bürgerrechte (Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit) und auch Sozialrechte und weiteres („gesunde“ Wohnung, weitere wichtige Anliegen der Arbeiterschaft, Einführung des 8h-Arbeitstags)
- Proporzsystem im Reichstag führt zu Problemen (u.a. Parteienzersplitterung)
- Reichspräsident wählt / ernennt / entlässt Staatsoberhaupt, Regierung, Reichskanzler, Regierungschef

Notizen: Die Stellung des Reichspräsidenten

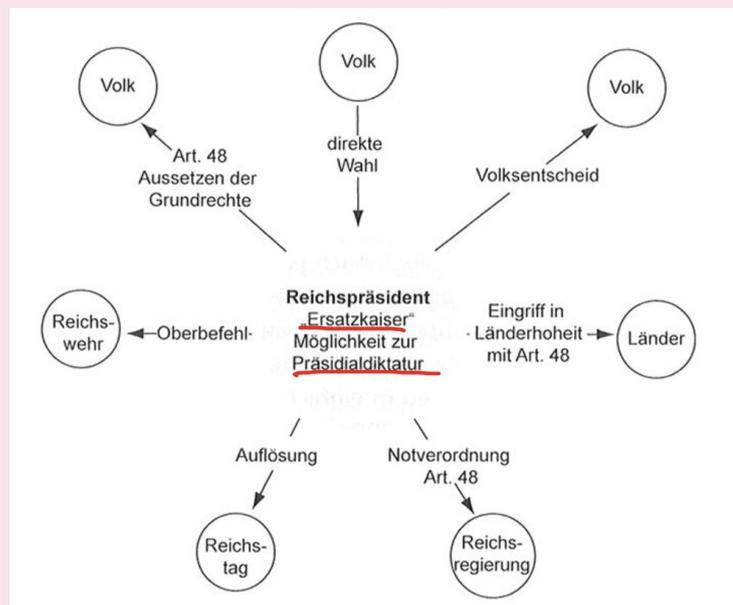


Abbildung 6.5: Die Stellung des Reichspräsidenten

- Parlament kann nicht direkt Einfluss auf die Regierungsbildung nehmen, die Regierung benötigte jedoch das Vertrauen des Parlaments.
- Artikel 48 (im Nachhinein ein Schwachpunkt der Weimarer Republik): in einem Ausnahmezustand über Notverordnungen Gesetze zu erlassen, ohne dass das Parlament mitreden konnte

Notizen: Die Funktionsweise beider Systeme

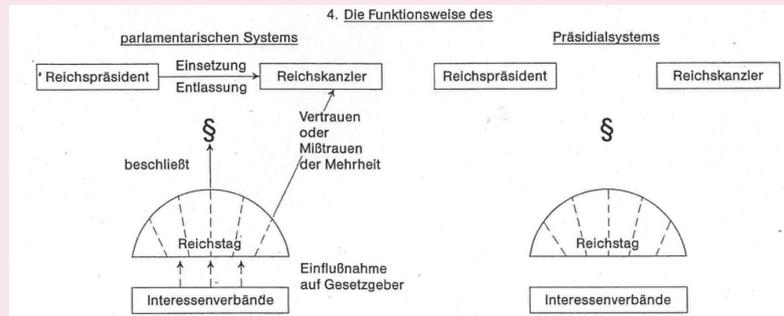


Abbildung 6.6: Die Funktionsweise beider Systeme

Unruhige Anfangsjahre - Belastungen der Weimarer Republik:

- von Anfang an von links und rechts unter Druck
- viele Kämpfe und Aufstände von links
- Putsch / Streik etc. auch von den Freikorps
- Reparationszahlungen bezahlen oder eine militärische Besetzung droht (Versailler Vertrag stresst)
- Weitere Probleme wegen gerade geendetem Ersten Weltkrieg
- Dolchstoßlegende:
Der Waffenstillstand im November 1919 sei keine militärische Notwendigkeit gewesen. Vielmehr seien die linken Politiker dem deutschen Militär in den Rücken gefallen und hätten einen militärisch noch möglichen Sieg vereitelt. Das Heer sei beim Waffenstillstand ja noch im Feindesland gestanden, „im Felde unbesiegt“. (Später kam eine antisemitische Ausrichtung davon dazu)
- Politische Morde und vorverurteilte Verfahren
- Weitere politische Entwicklungen (links / rechts)
- damalige Elite behielt ihre Ämter und sind feindlich gegenüber der Republik eingestellt und wollen Monarchie wieder zurück
- Generell war es ein Problem für die Entwicklung der Weimarer Republik, dass demokratieskeptische und offen demokratiefeindliche Parteien relativ bedeutende Wähleranteile erzielten – nicht nur am rechten Rand, sondern auch am linken.
- links: Kommunistische Partei (KP), Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland (USPD)
Ziel: eine bolschewistische Revolution wie in Russland anstreben
- rechts: zusätzlich Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

Unruhige Anfangsjahre - Der Aufstieg der NSDAP:

- Adolf Hitler seit 1921 Parteivorsitzender der NSDAP
- grosse Kundgebungen, gewalttätige Auseinandersetzungen
- NSDAP hetzt gegen Juden, Linke, Versailler Vertrag bzw. Schandenvertrag und Weimarer Republik
- SA (Sturmabteilung) politische Kampftruppe der NSDAP

- 1923 versuchte Hitler nach Mussolinis Vorbild und mithilfe von General Ludendorff in München einen Putsch gegen die Reichsregierung und die Regierung Bayerns.

Notizen: 9. November

9. November 1918: Abdankung des Kaisers, zweifache Ausrufung der Republik
9. November 1923: Hitlers Putschversuch nach Berlin (scheitert und wird verhaftet)
(gleiches Jahr wie Hyperinflation)

Beide Male unterstützt OHL diejenigen Sachen bzw. sind Teil davon.

- Putsch scheitert, aber Hitler gewann an Bekanntheit, Hitler verhaftet, aber schreibt an „Mein Kampf“
- Neuorganisation der Partei

Unruhige Anfangsjahre - Hyperinflation:

- grosse Wirtschaftskrise, rasende Geldentwertung, Reparationszahlungen machen alles schlimmer
- Volk verarmt und wurden wütend und rechts lol
- Reparationszahlung erfolgte nun durch Rohstoffe

Unruhige Anfangsjahre - Ruhrbesetzung:

- Frankreich besetzt Ruhrgebiet, weil Deutschland mit den Reparationszahlungen hinterher ist
- es gab Widerstand / Ruhrkampf / Generalstreik / DE Wirtschaft noch mehr geschädigt / Inflation noch schlimmer
- Dieser Einmarsch löste in Deutschland parteiübergreifend grosse Proteste aus.
- Aber auch für Frankreich lohnte sich die Ruhrbesetzung nicht.
- Währungsreform: Sie führte anstelle der quasi wertlos gewordenen Mark eine neue Währung ein, die sogenannte Rentenmark.
- Inflation fertig und Abzug der Franzosen

Notizen: Das Krisenjahr 1923



Abbildung 6.7: Das Krisenjahr 1923

Die Goldenen Zwanziger - Dawes-Plan:

- USA (Charles G. Dawes, Finanzexperte) erstellt den Dawes-Plan: Darin wurden Deutschland für die kommenden fünf Jahre erträglichere Zahlungsbedingungen gewährt, und Berlin erhielt von den USA Kredite.
- Wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland, Stabilisierung der Inflation

Die Goldenen Zwanziger - Phase der Stabilität:

- Eigentlich alles Ordnung bis auf den Fakt, dass DE heimlich mit der UdSSR arbeitet

Die Goldenen Zwanziger - Clärenore Stinnes:

- erster Mensch mit dem Auto um die Welt
- Biographie / Weltreise / Privatleben

Die Goldenen Zwanziger - Das moderne Grosstadtleben:

- Goldene Zwanziger = kulturelle Blütezeit
- Die Musik löste sich von Harmonien, die bildende Kunst vom Gegenständlichen, die Literatur vom Satzbau, der Gesellschaftstanz mit genau vorgegebenen Tanzschritten zum Jazz.
- Berlin / Potsdamer Platz wird zum Zentrum dieser Entwicklung
- Radio wird Massenmedium / Werbungen / Live-Übertragungen von Sportanlässen / Popkultur / Unterhaltungsfilm / Jazzmusik / Warenhäuser / Konsummöglichkeiten / Freizeitvergnügen
- Bauhaus (Kunstschule in Weimar)
- Frauen: Umgang zwischen Geschlechtern wurde ungezwungener / Sexualwissenschaften / Neue Frau bzw. „Garçonne“
- Nachtlokale für Schwule, Lesben und Transmenschen
- auf dem Land / in den Provinzen gab es immer noch Armut und Arbeitslosigkeit
- es gibt antimoderne Bewegungen
- Ein Beispiel dafür war in Deutschland die „Bündische Jugend“, die das moderne Grosstadtleben und die künstlerische Avantgarde ablehnte und eine romantische Naturnähe zelebrierte.

Die Goldenen Zwanziger - Roaring Twenties:

- Goldene Zwanziger im internationalen Vergleich (New York, London, Wien, v.a. Paris)
- Kritik: es war nicht immer in den Zwanzigern alles gut, v.a. der Anfang, der geprägt war von Krisen und Kämpfen, tatsächlich waren das auch nur eher städtische Phänomene

Das Scheitern der Weimarer Republik - Weltwirtschaftskrise:

- Weltwirtschaftskrise, Börsencrash in USA, welches Deutschland sehr hart traf, weil keine finanziellen Reserven
- seit 1928: grosse Koalition mit SPD, die liberale DDP, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die national-liberale DVP
- Regierung bricht und demokratiefeindliche Parteien nutzten diesen Moment aus (z.B. NSDAP)

Notizen: Der Weg in die deutsche Depression 1929 - 1933

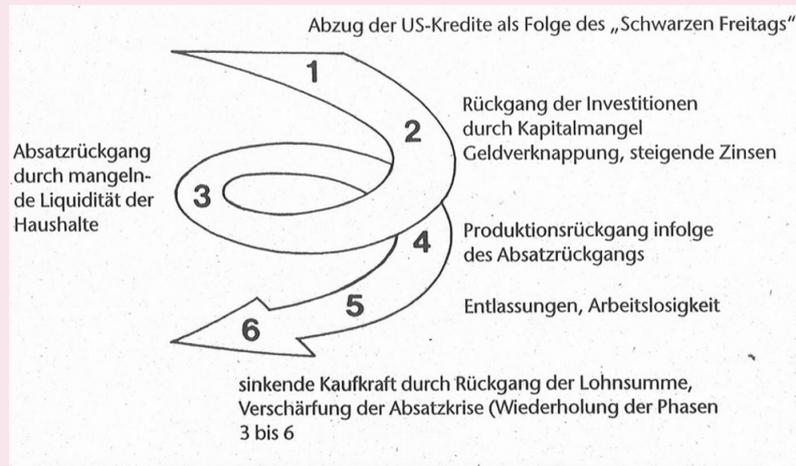


Abbildung 6.8: Der Weg in die deutsche Depression 1929 - 1933

Das Scheitern der Weimarer Republik - Präsidialkabinette und Strassengewalt:

- Paul von Hindenburg (ehem. deutscher Oberbefehlshaber des Ersten Weltkriegs), Reichspräsident seit 1925, ernennt Heinrich Brüning zum Reichskanzler

Notizen: Der Weg in die deutsche Depression 1929 - 1933

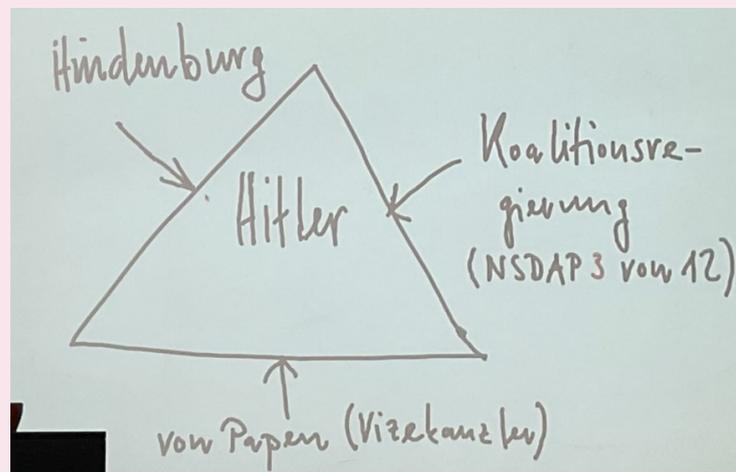


Abbildung 6.9: Einrahmung Hitlers

- keine Regierung, sondern nur Präsidialkabinett, weil sie keine parlamentarische Mehrheit hinter sich hatten und zunehmend autoritär regierten
- Reichspräsident braucht Artikel 48 für die Bekämpfung der Wirtschaftskrise
- somit leitet Brüning das Ende der Demokratie ein
- Aus Angst vor einem weiteren Rechtsrutsch stützte auch die SPD Brünings Politik, die auf eine drastische Einschränkung der Staatsausgaben abzielte.

- senkte Löhne, Miete, Renten und Zinsen und hebt Steuern → aggressive Deflationspolitik
- Im Winter 1931/32 stieg darauf die Zahl der Arbeitslosen auf über sechs Millionen und damit auf eine Quote von knapp 30%.
- dann Zahlungsunfähigkeit (USA)
- nächste Neuwahlen: NSDAP verliert knapp
- Die einzige Möglichkeit für eine neue stabile Regierung ist die Bildung einer Koalition der rechten Bürgerlichen mit der NSDAP.
- Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.

Notizen: Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

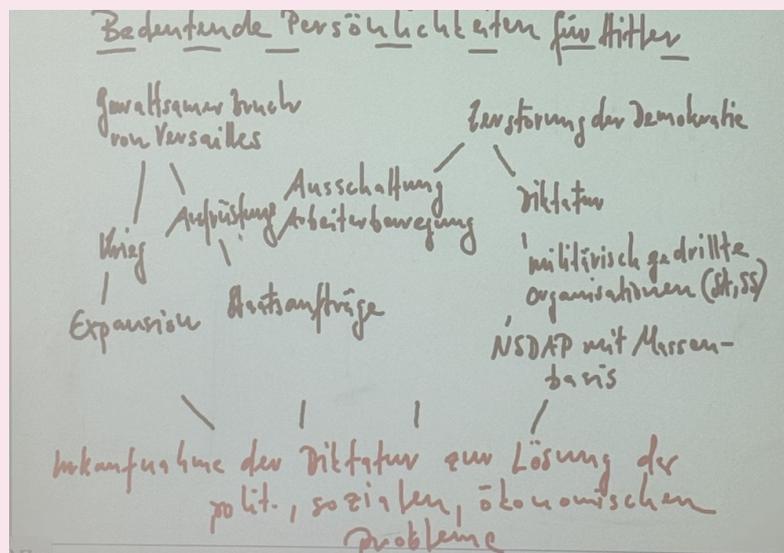


Abbildung 6.10: Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

Das Scheitern der Weimarer Republik - Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik:

- Gesellschaft
Antidemokratische Traditionen waren in der deutschen Gesellschaft stark verankert; vor allem im Militär, in der Justiz und in der Verwaltung.
- Versailler Vertrag
- Verfassung / Artikel 48
- Weltwirtschaftskrise / Massenarbeitslosigkeit
- demokratiefeindliche Parteien (von links / rechts) gegen die Republik
- kaiserliche Elite, die Hitler half
- Uneinigkeit bei den Linken
- Schlussendlich führte die demokratische Republik in die Diktatur und den darauffolgenden Zweiten Weltkrieg

Notizen: Nationalsozialismus / Antisemitismus

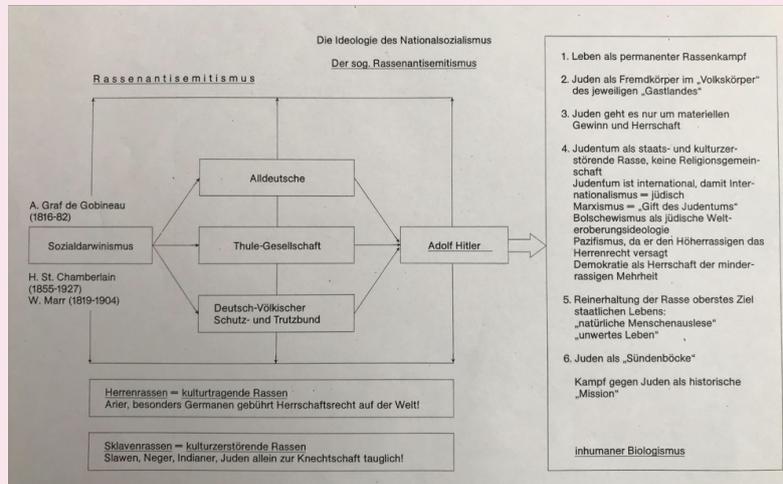


Abbildung 6.11: Die Ideologie des Nationalsozialismus

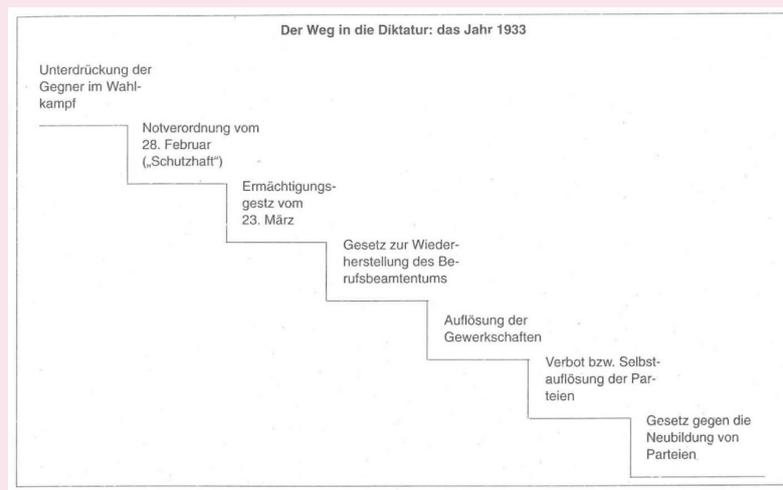


Abbildung 6.12: Der Weg in die Diktatur: das Jahr 1933

Abbildungsverzeichnis

2.1	Übersicht: Politische Entscheidungsträger	10
2.2	Übersicht: Die grössten Parteien / Weitere Parteien	12
2.3	Übersicht: Rechte und Pflichten	13
2.4	Übersicht: Staatsvolk - Staatsgebiet - Staatshoheit	19
2.5	Schema: halbdirekte Demokratie	21
2.6	Schema: indirekte Demokratie	21
2.7	Schema: indirekte Demokratie	21
2.8	Übersicht: Gewaltenteilung	22
2.9	Übersicht: Aufgabenteilung (Bund und Kantone)	24
3.1	Übersicht: Die Schweizer Bundesbehörden	25
3.2	Die Bundesbehörden im Überblick	26
3.3	Übersicht: Gesetzgebung	33
3.4	Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens	35
4.1	Übersicht: Langes 19. Jahrhundert	38
4.2	Idealtypische Funktionsweise einer Räterepublik	41
4.3	Die Julitage: Wendepunkt zwischen Februar- und Oktoberrevolution	42
5.1	Übersicht: Stalinismus	50
5.2	new deal in a nutshell	53
6.1	Italien nach dem Ersten Weltkrieg	56
6.2	Übersicht der Ausrufungen der Republik	59
6.3	Die „politische Landschaft“ in Deutschland im November 1918	60
6.4	Die Legitimation der neuen Regierung	60
6.5	Die Stellung des Reichspräsidenten	61
6.6	Die Funktionsweise beider Systeme	62
6.7	Das Krisenjahr 1923	63
6.8	Der Weg in die deutsche Depression 1929 - 1933	65
6.9	Einrahmung Hitlers	65
6.10	Ernennung Hitlers zum Reichskanzler	66
6.11	Die Ideologie des Nationalsozialismus	67
6.12	Der Weg in die Diktatur: das Jahr 1933	67

Tabellenverzeichnis